15. Jahrg. / Nr. 137 / Preis für Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Berlin, Mittwoch, 22. Juni 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH., Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat", Allgemeine Inseraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einschl. Trägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustellg. Postbezug ausschl. Bestellgeld 2.60 M.; Streifband im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreise: Die 12mm [illegible] Millimeterzeile [illegible] Text-millimeterzeile 2,50 M. Arbeitermarkt u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftw. [illegible] Arbeitsmarkt: Wort [illegible]

Severing gibt Faschisten die Straße frei

Empörende Antwort auf den von der KPD. geforderten Aufmarsch aller Arbeiter

SPD.-Arbeiter! Kein Zaudern mehr! Erkämpft mit uns Demonstrationsfreiheit!

Im gestrigen Hauptausschuß des Preußischen Landtages erklärte der preußische Innenminister Severing, daß die von der Kommunistischen Partei geforderte Freigabe des Lustgartens am morgigen Tag für eine antifaschistische Demonstration nicht erlaubt werde. Hingegen erklärte er auf einen Einwurf der Vertreter der Faschisten und Deutschnationalen, daß der Lustgarten zu einer Demonstration am 28. Juni für die Deutsche Stahlhelm-Studentenschaft, die Bündische Reichsschaft und den Studentendeutschen Heimatbund freigegeben werde. Bei den letzteren Organisationen handelt es sich um ausgemachte faschistische Verbände, die unter dem Vorwand einer „überparteilichen Veranstaltung" am 28. Juni einen nationalistischen Rummel durchführen wollen. Das ist die Antwort Severings, die Antwort der sozialdemokratischen Führer auf die Forderung der Kommunistischen Partei nach einem gemeinsamen antifaschistischen Aufmarsch der sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Arbeiter im Lustgarten. Verstärkt die Protestaktion! Erzwingt die Freigabe der Straßen und Plätze von Berlin für das Millionenheer der antifaschistischen Kämpfer!

SA.-Führertagung ordnet Bewaffnung an!

Alarm! Alarm!

In einer Führertagung der SA. und SS. des Gaues Berlin wurde gestern die Order erteilt, alle im Besitz der Faschisten befindlichen Waffen innerhalb 48 Stunden der Leitung zu melden. Diese von dem anwesenden Faschistenhäuptling Helldorf gegebene Anweisung signalisiert nichts anderes als die unmittelbare planmäßige Bewaffnung der SA.- und SS.-Banden zum konzentrischen Angriff auf die Berliner Arbeiter. Nur der geschlossene Gegenstoß des Berliner Proletariats, die Mobilmachung in Betrieben, in Stempelstellen und Gewerkschaften vermag die blutigen Pläne der Faschisten zu durchkreuzen. Höchster Alarm, geschlossenes Handeln über alle Saboteure der proletarischen Einheit hinweg ist das Gebot der Stunde.

Noch ein Schlag gegen die Einheit

SPD. für faschistisches Landtagspräsidium

Hohnvolle Antwort des „Vorwärts" auf unseren Kampfvorschlag zur preußischen Landtagssitzung

Namens der SPD.-Führer hat der gestrige Abend-„Vorwärts" auf die Kundgebung unseres Zentralkomitees zur Wahl des Präsidiums im Preußischen Landtag geantwortet. Es ist ein ganzes Lexikon übelster Beschimpfungen der Kommunistischen Partei. „Plumpe Vorspiegelungen", „neueste Tricks", „Schwindel- und Täuschungsmanöver", so bezeichnet das Blatt, das vorgibt, das Kampfesbanner gegen den Faschismus zu erheben, unseren Vorschlag, keinen Faschisten ins Landtagspräsidium zu lassen, den Arbeitern in Preußen die Demonstrationsfreiheit zu geben, die Magenschläge der Papenschen Hungernotverordnung abzuwehren durch den außerparlamentarischen Kampf.

Von welchen Bedingungen hat die Kommunistische Partei ihre Bereitschaft abhängig gemacht, ein Präsidium aus Vertretern der SPD. und des Zentrums zu bilden? 1. Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit und Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen, 2. Nichtdurchführung der beiden faschistischen Notverordnungen der Papenregierung in Preußen.

Nachdem der „Vorwärts" den Vorschlag unseres Zentralkomitees wörtlich als „plumpe Vorspiegelung", „neuesten Trick", „Schwindel- und Täuschungsmanöver" bezeichnet, gibt er im Namen der SPD.-Führer folgende Antwort:

„Die KPD. hat auch nicht diese Absicht. Sie hat nämlich ihr Anerbieten, für ein Landtagspräsidium von Sozialdemokraten und Zentrum zu stimmen, an Bedingungen geknüpft, von denen sie ganz genau weiß, daß sie unausführbar sind. Diese Bedingungen sind erstens die Herstellung der völligen Demonstrationsfreiheit in Preußen und zweitens die Nichtdurchführung der Notverordnungen. Die erste Bedingung ist aus tatsächlichen, die zweite aus rechtlichen Gründen undurchführbar. Die volle Demonstrationsfreiheit im gegenwärtigen Augenblick bedeutet die ungehemmte Entfesselung des Straßen- und Bürgerkrieges. Die Nichtdurchführung der Reichsnotverordnungen würde der Regierung von Papen den längst gewünschten Vorwand geben, einen Reichskommissar für Preußen zu bestellen!"

„Unausführbar aus tatsächlichen Gründen" ist es also für den „Vorwärts", daß die Arbeiterschaft in Preußen legal marschieren darf, daß das Demonstrationsverbot aufgehoben wird, daß der Rundfunk den revolutionären Arbeitern freigegeben wird. Aber ausführbar ist es für den „Vorwärts", für die SPD.-Führer, wenn die faschistischen Thyssenknechte in ihren provokatorischen Uniformen auf den Straßen randalieren, Reichsbannerarbeiter und Kommunisten niederknallen, wenn der Faschistenhäuptling Straßer über die preußischen Rundfunksender spricht, wenn die Faschistenpresse tagtäglich in Preußen zum Mord an Arbeitern auffordert. Das ist ausführbar für die SPD.-Führer! Da gibt es keine Polizeiknüppel, da gibt es kein „Unannehmbar" im „Vorwärts". Da befürchtet kein „Vorwärts" die „ungehemmte Entfesselung des Straßen- und Bürgerkrieges". Dem „Vorwärts" zur Antwort: Einen Tag keine Severing-Polizei, einen Tag Demonstrationsfreiheit und von dem ganzen Bürgerkrieg der faschistischen Banditen ist nichts mehr übrig.

„Unausführbar aus rechtlichen Gründen" ist es für den „Vorwärts", wenn die Arbeiter dem Kabinett der Schlotbarone und des Hakenkreuzes den Kampf ansagen, nicht dulden, daß die Erwerbslosen verhungern, daß den Kriegskrüppeln die letzten Pfennige geraubt werden, daß zum trockenen Brotstück das Salz verteuert wird. Aber „rechtlich haltbar" ist es für die SPD.-Führer, wenn von Papen die Nazibanden marschieren läßt, wenn das Parlament auseinandergejagt wird und die tollsten Notverordnungen erlassen werden. Wir pfeifen auf dieses „rechtlich Haltbare". Wir kennen nur ein Recht: Das Recht der Arbeiter nach Arbeit und Brot und Freiheit! Oder glauben die SPD.-Führer im Ernst, einen Reichskommissar für Preußen zu verhindern, wenn die Arbeiter den Freiherren und Generalen des Papen-Kabinetts die Stiefel lecken? Umgekehrt: Je offensiver das Proletariat, je machtvoller sein Auftreten, je kühner sein Angriff und der Reichskommissar des Herrn Papen würde sich schneller davonrollen als die Cuno-Regierung im Jahre 1923.

Der „Vorwärts" entrüstet sich darüber, wenn das Zentralkomitee unserer Partei am Schluß seiner Kundgebung ausdrücklich erklärt:

„Die Kommunisten denken nicht daran, ihren Kampf gegen die SPD. und das Zentrum, ihren Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung auch nur im mindesten abzuschwächen. Es

Kommunistische Partei fordert:

Donnerstag Straße frei

für antifaschistische Massendemonstrationen!

Immer frecher treten die Faschisten in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Straßen auf. Durch Terror wollen sie die Durchführung der faschistischen Notverordnungen der Papen-Regierung sichern.

Die Arbeitermassen des roten Berlins müssen wie ein Mann dem Naziterror durch geschlossenen Massenkampf ein Ende machen.

Selbst der Ortsausschuß des ADGB., die Berliner Leitungen des Reichsbanners und die SPD. mußten, gezwungen durch den Kampfwillen ihrer Mitglieder, erklären, daß sie für die sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbotes sind. Wir haben sie beim Wort genommen und von Severing die Freigabe des Lustgartens für Donnerstag verlangt.

Severing hat es abgelehnt, den Lustgarten für die Antifaschisten freizugeben. Aber er hat faschistischen Organisationen die Freigabe des Lustgartens für den 28. Juni zugesichert,

obwohl die Kommunistische Partei die Freigabe des Lustgartens für den gleichen Tag für eine Kundgebung gegen Versailles gefordert hat.

Wenn der preußische Polizeiminister Severing den antifaschistischen Kampf durch Demonstrationsverbote für antifaschistische Organisationen verhindern will, so muß ihm zehntausendfach aus den Betrieben, von den Stempelstellen, aus den Arbeiterstraßen die Antwort entgegenschallen:

Fort mit dem Demonstrationsverbot! Straße frei für die Antifaschistische Aktion! Für die Freiheit der Arbeiterklasse! Kampf gegen die faschistischen Notverordnungen der Papen-Regierung!

Mit uns wollen die Massen der Gewerkschaftsmitglieder, der sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter die Beseitigung des Demonstrationsverbotes!

Arbeiter aller Organisationen! Entscheidet euch in den Arbeitspausen im Betrieb, an den Stempelstellen, in den Arbeiterstraßen für die Forderungen der Antifaschistischen Aktion! Die KPD. hat beim preußischen Innenministerium und Polizeipräsidium Berlins die Freigabe folgender Plätze für die

antifaschistischen Massendemonstrationen am Donnerstag, 6½ Uhr,

gefordert:

Unterbezirk Zentrum: Teutoburger Platz.
Unterbezirk Südost: Lausitzer Platz.
Unterbezirk Nordost: Weißensee: Antonplatz; Pankow: Mühlen-, Ecke Berliner Straße; Helmholtzplatz.
Unterbezirk Nordwest: Kleiner Tiergarten; Friedrich-Karl-Platz (Charlottenburg).
Unterbezirk Ost: Küstriner Platz.
Unterbezirk Nord: Brunnenplatz; Leopoldplatz.
Unterbezirk Südwest: Rudolf-Wilde-Platz.
Unterbezirk Süd: Hohenzollernplatz.
Unterbezirk Borsigwalde: Tegel, Berliner Straße, am Borsigwerk.
Unterbezirk Spandau: Marktplatz.
Unterbezirk Tempelhof: Marktplatz Mariendorf.

Macht überall diese Forderung zu eurer eigenen Forderung! Schließt die Reihen! Es lebe die Einheitsfront der Arbeiter! Vorwärts zum siegreichen Kampf der Antifaschistischen Aktion!

gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden" mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse."

Ist das Verhalten der SPD. auf unseren Vorschlag zur preußischen Landtagssitzung nicht ein neuer stichhaltiger Beweis für unsere vorstehende Behauptung? Die SPD.- und ADGB.-Führer lehnen es ab, einen gemeinsamen Aufmarsch des Berliner Proletariats gegen die von Papen-Regierung, gegen den faschistischen Blutterror zu unterstützen. Sie lehnen es ab, gegen den Lohnraub der Unternehmer, gegen den neuen notverordneten Unterstützungsabbau das Banner der Aktion, des Einzel- und Massenstreiks zu erheben. Ueberall, wo es gilt, dem Feind in der Tat entgegenzutreten, überall, wo wir den SPD.-Führern den Weg verlegen, den Kampfwillen der Arbeiter in ein parlamentarisches Oppositionsmanöver, in eine Mandatsjägerei der sozialdemokratischen Führer umzufälschen, überall da entlarven die letzteren sich als die Saboteure des außerparlamentarischen Massenkampfes, der proletarischen Einheit. Lieber Faschisten und Hugenbergianer ins Landtagspräsidium, als Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterschaft in Preußen, als die Niederringung der Papenschen Notverordnungen. — Das ist die Antwort der SPD. und des Zentrums.

Die Antwort der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter muß anders sein. Sie wollen nicht länger hungern. Sie wollen sich nicht niederknüppeln lassen von Faschistenhorden. Sie wollen die Straße für das Proletariat, sie wollen Brot und Arbeit. Vorwärts darum unter dem Banner der Antifaschistischen Aktion! Erzwingt die Freigabe der Straße in Preußen für das Proletariat! Organisiert den roten Massenselbstschutz gegen den faschistischen Mordterror! Organisiert den politischen Massenstreik gegen die Regierung der Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur!

Zum Lustgartenaufmarsch

Nachgestoßen!

Keine Sabotage dulden! Rote Klasseneinheit vorwärts!

Wie ein zündender Funke hat der Einheitsaufruf unserer Berliner Parteileitung an alle Arbeiter und an alle Arbeiterorganisationen, die zum Kampf gegen den Faschismus bereit sind, in den Betrieben und Stempelstellen der Hauptstadt eingeschlagen. Ueber alles Trennende hinweg hat die Kommunistische Partei die Arbeiterschaft aufgefordert, im erbitterten Kampf gegen die faschistische Reaktion gemeinsam die nächsten Maßnahmen für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse durchzusetzen. Gemeinsame Aktionen gegen die aufreizende Notverordnung der Regierung der Schlotbarone, Agrarier und Generäle, gemeinsamer eiserner Widerstand und Offensive gegen die faschistischen Nazibanden. Das ist es, was unsere Parteileitung manifestierte, wenn sie die Arbeiter zu einem gemeinsamen Massenaufmarsch des arbeitenden Volkes im Lustgarten, zu gemeinsamen Arbeiterversammlungen, zur Beschlußfassung für Proteststreiks und Stempelstreiks gegen Papen-Notverordnung und Mordfaschismus auffordert. Ein Massenaufmarsch von 800 000 Berliner Arbeitern, Aktionen in Hunderten von Betrieben und Stempelstellen würde das faschistische Gelumpe der „Braunen Häuser" und die freiherrlichen Renten- und Unterstützungsabbauer erzittern machen, würde das Bewußtsein der arbeitenden Massen mit neuem Elan erfüllen und die Voraussetzung für weitere, größere, kühnere Kämpfe, für den politischen Massenstreiks gegen das System des Hungers und des Terrors schaffen.

Wie haben die SPD.-Führer, wie das Zentralorgan der Sozialdemokratie auf unseren Vorschlag geantwortet? Zwei Antworten liegen vor. Eine offizielle der Bezirksleitung der „Eisernen Front", eine des Chefredakteurs des „Vorwärts", Stampfer. Weder die eine noch die andere antwortet auf die von uns den Arbeitern vorgeschlagenen gemeinsamen Kampfmaßnahmen. Weder die eine noch die andere macht konkrete Vorschläge zu Aktionen. Aber die eine wie die andere ist eine indirekte Absage, eine Ablenkung des von uns geforderten außerparlamentarischen Kampfes auf eine üble Mandatsjägerei, in ein Angriff gegen die Kommunistische Partei, den Kampf um die revolutionäre Einheit, gegen die Tolerierungs- und Koalitionspolitik, gegen die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Severing-Grzesinski-Regierung, einzustellen.

Eine Einheitsfront auf Zeit, schreibt Stampfer, „ist nur dann möglich, wenn man auf eine massive gegenseitige Bekämpfung, die mit Beschimpfungen und Verleumdungen arbeitet, verzichtet... Die Kommunisten haben das aber bisher auf das schärfste abgelehnt." Um das „Verbrechen" der Kommunisten tiefer zu hängen, die die Tolerierungspolitik der SPD.-Führer „verleumden und beschimpfen", fährt Stampfer im „Vorwärts" fort:

„Ein Blick in unsere Presse zeigt, daß uns der Kampf gegen rechts alles ist und daß wir uns gegen die Kommunisten nur dann zur Wehr setzen, wenn sie uns in diesem Kampf behindern... Die Sozialdemokratie steht zu dem neuen System in allerschärfster Opposition."

Wer lügt, wer beschimpft, wer verleumdet? Ist es wirklich so, wie Stampfer sagt? Sind seine Worte mit den Tatsachen vereinbar? Darum Tatsachen her, wer nicht nur die Einheitsbewegung der Arbeiterschaft sabotiert, wer nicht nur auch weiter toleriert und koaliert, sondern wer sich mit härteren Waffen als Zeitungsartikeln gegen die sich bahnende proletarische Einheits- und Kampffront zur Wehr setzt.

Ist das „allerschärfste Opposition" gegen das System der Papen und Hitler, wenn vor wenigen Tagen die Severing-Braun-Regierung der ungeheuerlichen Papenschen Notverordnung gegen die Armen eine eigene hinzugefügt hat, die durch Einführung der Schlachtsteuer den Armen das Stückchen Fleisch verteuert, durch die Mietzinssteuerverordnung die Zahl der Exmittierungen von Erwerbslosen zu Legionen machen wird, die Hungergehälter der unteren Beamten erneut kürzt, die Millionäre in Preußen nicht besteuert, die Millionenzahlungen an das Hohenzollerngesindel nicht einstellt?

Ist es tatsächlich ein „Kampf gegen rechts", wenn in Severing-Preußen die SA.-Banden ihre Uniformen tragen, Treibjagden auf Arbeiter veranstalten können, während den Arbeitern in Preußen die Straße verboten ist, während der Rote Frontkämpferbund verboten bleibt, während die Preußenpolizei in die Hungerdemonstrationen der Erwerbslosen hineinknallt?

Führt man einen Kampf gegen das erzreaktionäre, monarchistische Papen-Kabinett, wenn man in wenigen Tagen mit Hilfe des preußischen Staatsapparates die Salzsteuer eintreibt, die Arbeitslosen wie bisher niederknüppeln wird, wenn sie gegen einen 520-Millionen-Raub, gegen die Aushungerung ihrer Frauen und Kinder vor den Arbeitsämtern demonstrieren werden?

„Kommunistische Beschimpfungen und Verleumdungen" nennt es Stampfer, wenn wir die SPD.-Arbeiter daran erinnern, wie man ihre Opferbereitschaft, ihre Entbehrungen mißbraucht hat, als die „Eiserne Front" sie vor den Wagen Hindenburgs spannte, der das Papen-Kabinett in den Sattel hob und den Hitlerfaschismus legalisierte.

Nein, in dieser Frage, in der kameradschaftlichen Unterrichtung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Politik ihrer Führer kann und darf es kein Schweigen geben, wie wir ebenso wenig dulden werden, daß die sozialdemokratischen Führer auch in Zukunft einen Krieg mit Papierkugeln, ein Wahlmanöver, eine Mandatsjägerei als „allerschärfste Opposition" gegen die Bourgeoisie offerieren, während sie jeden, auch den kleinsten gemeinsamen außerparlamentarischen Schritt der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter sabotieren und als „kommunistisches Parteimanöver" zu verleumden versuchen. Wenn wir so handeln, handeln wir im Namen der ganzen Klasse, von dem heißen Willen bestimmt, nicht noch einmal die hunderttausenden sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter zum Objekt eines kaiserlichen Generalfeldmarschalls oder eines Wahl- und Koalitionsschachers zur Verteidigung des kapitalistischen Regimes zu machen. Denn auf nichts anderes läuft Stampfers Antwort im „Vorwärts" hinaus, wenn er am Schluß seines Artikels schreibt:

„Der Feind steht vor den Toren. In sechs Wochen fällt die Entscheidung."

Nichts fällt in sechs Wochen. Es gibt keinen Schicksalstag für Deutschlands Proletariat am 31. Juli bei der Reichstagswahl. Wahl wird, wie Hindenburgs Wahl auf dem Rücken der „Eisernen Front" die Ausbeuter zu schärferem Vorgehen ermunterte, umgekehrt ein grandioser Wahlsieg der revolutionären Klassenfront die Komplikationen im Lager der Bourgeoisie erhöhen, ihre Angriffe schwieriger gestalten, die Widerstandskraft des Proletariats mit größerem Elan beseelen. Aber die Entscheidung fällt außerhalb der Wahlurne, fällt im außerparlamentarischen Kampf in den Betrieben und Stempelstellen, auf den Straßen. Für Stampfer und die sozialdemokratischen Führer ist ihre „Einheitsfront" die Grundlage für Mandatsjägerei und Koalitionsfähigkeit nach den Wahlen, ähnlich wie die Bildung der „Eisernen Front" zu Jahresanfang nichts anderem als der Vorbereitung der Hindenburg- und Preußenwahlen galt. Für uns Kommunisten jedoch, für alle Antifaschisten dient der Kampf um die Einheit der Klasse, der Entfaltung der Antifaschistischen Aktion, der unversöhnlichen außerparlamentarischen Offensive um Brot, Arbeit, Freiheit, gegen das kapitalistische System bis zu seinem Niederbruch. Sechs Wochen warten, fordert der „Vorwärts", bis daß den Kriegsopfern und Sozialrentnern die Hungerrationen durch die Papenregierung gekürzt worden sind. Sechs Wochen warten, bis daß der 520-Millionenraub an den Arbeitslosen perfekt ist. Sechs Wochen warten, bis daß die Beschäftigtensteuer den Betriebsarbeitern, kleinen Angestellten Lohn und Gehalt aufs neue gekürzt hat. Nicht einen Tag gewartet, ist unsere Antwort. Nicht einen Tag gewartet, ist die hunderttausendfache Antwort der Berliner Arbeiterschaft gegen die Sabotage des gemeinsamen Kampfes durch die sozialdemokratischen Führer.

Straße frei für den gemeinsamen Riesenaufmarsch des Berliner Proletariats, wie die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei ihn gefordert hat. Das Banner der Antifaschistischen Aktion, erhoben gegen die Papenregierung, gegen ihre faschistischen Notverordnungen, gegen den Mordfaschismus der Hitler und Goebbels! Die Welle hunderter Teilaktionen in Betrieben und Stempelstellen hingeleitet in das gewaltige, alle Feinde niederreißende Strombett der Massenaktion, des politischen Massenstreiks!

Schleicher plant Militärdiktatur!

Hitler beschwert sich — aber nicht über Lohn- und Unterstützungsabbau, sondern über süddeutsches Uniformverbot — Heute Konferenz der Länderminister

Die heutige im Reichsinnenministerium stattfindende Konferenz Gayls mit den Innenministern der Länder steht ganz im Zeichen neuer, außerordentlich ernster Angriffsabsichten der Regierung gegen das Volk. Eine ganze Reihe selbst bürgerlicher Zeitungen, so der „Jungdeutsche" und das „Berliner Tageblatt", weisen darauf hin, daß der Reichswehrminister v. Schleicher auf schnelle Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes und auf die Militärdiktatur zusteuert.

Vorgestern haben sich die Herren Hitler, Frick, Goering und Frank 2 zu einer Unterredung bei Gayl eingefunden. Wollte die Führung der Nazis Protest einlegen gegen den beispiellosen Lohn- und Rentenabbau durch die fünfte Notverordnung? Keineswegs! Nicht mit einem einzigen Wort haben die Hitler und Konsorten den Brotraub, der auch viele Millionen Nazianhänger aufs schwerste trifft, erwähnt. Denn gegen diese Notverordnung haben sie nichts einzuwenden; sie sind mit ihr völlig einverstanden.

Die Sorge Hitlers gilt anderen Dingen; er beschwerte sich darüber, daß in Bayern und Baden das Uniformverbot noch bestehe; wobei er sicher nicht verfehlt haben wird, darauf hinzuweisen, daß doch selbst der Sozialdemokrat Severing die Nazis uniformiert herumlaufen läßt. Wie die den Nazis nahestehende „Deutsche Zeitung" mitteilt, „hat sich der Reichsinnenminister der Berechtigung der Vorstellungen Hitlers nicht verschlossen". Es wird allgemein angenommen, daß es auf der heutigen Ministerkonferenz scharfe Auseinandersetzungen über das Thema geben wird.

Die Rechtspresse fordert bereits unverblümt Reichswehreinsatz. Hugenbergs „Tag" brüllt:

Der Kampf mit den schwarzroten Parteien muß ausgefochten werden. Es gibt keine Kapitulation mehr vor ihnen... Gegen solche Schädlinge sollte nicht jedes Mittel der Reichsautorität eingesetzt werden? Gelingt es (der Reichsautorität Gültigkeit zu verschaffen), mit gütlichem Nachdruck nicht in der Konferenz, dann muß mit Nachdruck allein durchgegriffen werden. Wirksame Mittel stehen dem Reich zur Verfügung. Finanzielle und — letzte. Mit Gewalt schließlich kann jeder Befehl vollzogen werden."

Dieser Schrei nach der Reichswehrdiktatur ist, wie die „Vossische Zeitung" mitteilt, vom Reichswehrministerium, also von Schleicher, dem mächtigsten Mann der Reichsregierung, selbst in die Rechtspresse lanciert worden. Gestern haben die Lohn-, Unterstützungs- und Rentenabbauer, Schleicher und Gayl, über eine neue Notverordnung konferiert, die alle Länder zwingen soll, das Verbot der SA.-Uniformierung aufzuheben.

Es braucht nicht bezweifelt zu werden, daß die Held in Bayern und Maier in Baden sich einer solchen Notverordnung nur allzu willig fügen werden. Um so eher dürfen die Arbeiter niemandem die Sache der Bekämpfung des Faschismus anvertrauen als sich selbst. Nur dann ist sie in festen Fäusten.

Gemeinsamer Lustgarten-Aufmarsch für Freigewerkschafter „selbstverständlich"

Klassenbewußte Gewerkschafter antworten der sabotierenden Bürokratie

Mit lächerlichen Ausflüchten, Beschimpfungen gegen die KPD. haben die Führer der „Eisernen Front" auf unseren Vorschlag eines gemeinsamen Aufmarsches der Berliner Arbeiterschaft im Lustgarten geantwortet. Anders die Betriebe, die Stempelstellen, die Gewerkschafter. So erhalten wir u. a. einen Brief des Deutschen Musiker-Verbandes, Ortsverwaltung Berlin, an die KPD. Der Brief lautet:

Werte Kollegen!

Endesunterzeichneter hatte nicht mehr die Zeit, dem Ortsvorstand der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Musikerverbandes Eure Aufforderung vom 16. d. M. vorzulegen, damit ihr bis zu dem festgesetzten Termin unsere Einstellung in Händen habt. Deshalb nehme ich die Verantwortung auf meine Kappe und teile euch mit, daß ich es angesichts der derzeitigen Situation für ganz selbstverständlich halte, daß wir die Aufforderung der Massen der Arbeiter auf sofortige Freigabe der Massendemonstrationen für alle Organisationen, die bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen, unterstützen.

Mit proletarischem Gruß Deutscher Musikerverband,
Ortsverwaltung Berlin. Der Vorstand.
gez. August Barta, 1. Vorsitzender.

Jawohl, selbstverständlich muß es für alle Berliner Arbeiter, für alle Organisationen, die bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen, sein, die Freigabe des Lustgartens und der wichtigsten Plätze in den Stadtteilen zum morgigen Donnerstag, 18.30 Uhr, für den gemeinsamen Aufmarsch aller Berliner Arbeiter zu fordern.

Demaskiert!

Nazi-Zentrum-Kompromiß für Verschiebung der Ministerpräsidentenwahl

In der gestrigen Zentrumsfraktionssitzung des Preußischen Landtages machte der Abgeordnete Steeger Mitteilung von einem Angebot des nationalsozialistischen Abgeordneten und Landtagspräsidenten Kerrl, die Wahl des Ministerpräsidenten von der Tagesordnung am Mittwoch abzusetzen und erst nach der Reichstagswahl zu verhandeln. Kerrl habe erklärt, im Auftrage seiner Parteileitung zu handeln. Die Zentrumsfraktion beschloß, dem Ersuchen stattzugeben und die Wahl bis nach der Reichstagswahl zu verschieben.

Gegenüber der Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei wurde der Beschluß gefaßt, die Bedingungen der Kommunisten als unerfüllbar abzulehnen. Es ist wahrscheinlich, daß sowohl Zentrum als auch SPD. in der heutigen Sitzung auch die Verschiebung der Landtagspräsidentenwahl beantragen werden. Unter diesen Umständen würde das Landtagspräsidium weiterhin in den Händen des Nationalsozialisten Kerrl verbleiben.

Diese sicherlich für die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter aufsehenerregende Nachricht bestätigt die Koalition zwischen Zentrum und Nazis nach vollzogenen Reichstagswahlen. Hinter ihrer Pressefehde verbirgt sich nichts anderes als glatter Wahlbetrug, während dem geschäftsführenden Braun-Severing-Kabinett in Preußen die Aufgabe gestellt ist, als Statthalter einer kommenden Nazi-Zentrums-Regierung nach den Reichstagswahlen bis zu den Wahlen die Notverordnungspolitik von Papens durchzuführen und gegen das Proletariat zu verteidigen. Es liegt in derselben Linie, wenn SPD. und Zentrum in der heutigen Landtagssitzung für das Verbleiben Nazi-Kerrls als Landtagspräsident stimmen und damit ein faschistisches Präsidium weiter am Ruder erhalten würden.

Goebbels und „Vorwärts" in einer Front!

Daß wir mit unserem Vorschlag zur heutigen Landtagssitzung die Futterkrippenjäger des Hitlerfaschismus empfindlich getroffen haben, beweist die gesamte Rechtspresse. „Die Einheitsfront von schwarz bis ultrarot marschiert", „Agitationsanträge der KPD." brüllt Goebbels. „Moskau hilft Weimar", schwindelt die „Deutsche Tageszeitung". Die ganze Hitler-Hugenberg-Journaille ist ein einziger hysterischer Haufen. Um so entlarvender und beschämender für die SPD.-Führer.

Arbeiter schreiben an die „Rote Fahne“:

„Grzesinski muß das Demonstrationsverbot aufheben!“

Das rote Berlin fordert die Straße für den antifaschistischen Massenaufmarsch am Donnerstag im Lustgarten

Wir veröffentlichen nachstehend einige Auszüge aus den zahlreichen Briefen, die die „Rote Fahne“ gestern erhielt. Aus allen Zeilen spricht der entschlossene Kampfwille der Berliner Arbeiterschaft für die Demonstrationsfreiheit.

Es wird Zeit . . .

Ein Mieter aus der Pappelallee schreibt uns:

„. . . Am Montag haben wir bei uns in der Pappelallee die wirkliche proletarische Einheitsfront gemacht. Was haben wir erreicht? Man hat es nicht gewagt, die Erwerbslosen, die ihre Miete durch ihre Not schuldig blieben, auf die Straße zu setzen. Meiner Ansicht nach müssen wir immer so zusammenstehen. Am 1. Juli sollen wir alle, ob wir können oder nicht, die Hauszinssteuer bezahlen. Es wird nicht danach gefragt, ob die Familien, die nur von der „Wohlfahrt“ leben, die Miete überhaupt noch bezahlen können. Das hat uns die preußische Regierung eingebrockt. Und daß Severing und Braun, die beiden Sozialdemokraten, ihre Hand dabei mit im Spiel haben, soll auch nicht vergessen sein. In der „Roten Fahne“ habt ihr von der Polizei gefordert, daß sie die Straßen freigibt für eine Demonstration. Das ist richtig.

Und es wird auch Zeit, daß wir aufmarschieren und zeigen, daß wir Arbeiter für die rote Einheitsfront sind,

gegen die Nazibanditen und die Notverordnungen. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski muß die Demonstration am Donnerstag, die sich gegen den SA.-Terror richtet, genehmigen. . . .“

Für die Sowjetunion

Der Wohlfahrtsempfänger Gustav G. schreibt:

„. . . Ich sehe nicht ein, daß meine Kinder nun schon nicht mehr ein Paar Schuhe besitzen, wo auf der anderen Seite Millionen verschoben werden. Ich habe heute von der Veröffentlichung der Papen-Notverordnung, unterschrieben vom „kleineren Uebel“ (SPD.-Kandidat), Kenntnis genommen. Diese wird mir den größten Anlaß geben, noch mehr für die Einheitsfront unter den Erwerbslosen und den Arbeitern im Betrieb gegen das bestehende System zu tun, um all dieses unerträgliche Elend restlos zu beseitigen. Habe das größte Interesse daran, daß auch in Deutschland ein solches Vaterland aufgebaut wird, wie es die russischen Proletarier getan haben.“

Der Zigarrenmacher Pasewald schreibt:

„. . . Wenn das Reich in so großer Geldnot ist, dann soll man von oben abbauen und nicht von unten. Wir Armen, wir haben nichts mehr, wir sind ausgepreßt wie eine Zitrone. Wir sollen noch mehr ausgepreßt werden. Das lassen wir uns nicht länger gefallen!“

Das sind Stimmen der Opfer der Notverordnungen. Weg mit dem Demonstrationsverbot, nieder mit der faschistischen Reaktion! Fort mit den faschistischen Notverordnungen des Lohn-, Unterstützungs- und Rentenabbaues! Hinweg mit der faschistischen Papenregierung! Nieder mit dem imperialistischen Krieg! Für die Verteidigung der Sowjetunion!

Straße frei für die Antifaschistische Aktion, für den Aufmarsch der roten Einheitsfront aller Arbeiter! Das sind die Forderungen der Arbeiter Berlins!

Die roten Malkolonnen haben gearbeitet

Zum zweitenmal hat eine rote Malkolonne der Zellen 241 und 242 die Kampfparole des roten Berlin am Spreebord gegenüber dem Arbeitsamt Nord, Friedrich-Krause-Ufer, angebracht.
Als die Inschrift auf Anordnung der Polizei oder des Bezirksamtes entfernt werden sollte, kam es zu lebhaften Protesten der Erwerbslosen. Mehrere Erwerbslose sprangen hinzu, nahmen den Abwäschern ihre Leitern fort und warfen sie in das Wasser.

Nazi-Mordversuch im Plättgeschäft vereitelt

Jungarbeiter überfallen und verschleppt — Arbeiter verjagen die SA.-Banden

Wie wir erst jetzt erfahren, setzten in der letzten Sonnabendnacht bewaffnete Nazibanditen das Gebiet der Müllerstraße zwischen Barfußstraße und Ofener Straße unter brutalen Terror. Schon gegen 8 Uhr abends begann es mit kleineren Trupps, Motorradfahrern und Beobachtungsposten. Das Privatauto Nr. IA 82 614 brachte weitere Verstärkungen. Die Bewohner in den Straßen waren durch diese offensichtlichen Terrorvorbereitungen so eingeschüchtert, daß sie es anfangs nicht wagten, etwas dagegen zu unternehmen.

Gegen ¾11 Uhr stürzten aus dem berüchtigten Sturmlokal Wobser eine etwa 20 Mann starke SA.-Bande auf einige Arbeiter, die in den Rehbergen Erholung suchten. Die Arbeiter flüchteten, einer wurde jedoch in der Sansibarstraße zu Boden geschlagen und mußte mit schweren Kopfverletzungen fortgebracht werden.

Dieser Ueberfall war ein Signal für die ganzen Horden in der Müllerstraße. Pfeifensignale und Kommandorufe ertönten, die Strolche Hitlers umzingelten zufällige Passanten, mit gezogenen Revolvern und Gummiknüppeln drohten sie. Die Männer wurden von den Wegelagerern durchsucht und mußten sich ausweisen. So machten sie Jagd auf kommunistische und Reichsbannerarbeiter.

Die Polizeipatrouille aus der Müllerstraße war von den Nazis nach der Afrikanischen Straße gelockt worden, damit ihre Terroraktion ungestörter gelinge. Währenddessen überfielen etwa 20 bis 30 dieser Halunken einen Jungarbeiter mit den Rufen: „Polizei! Hände hoch!“.

Mit Gummiknüppeln und Lederkoppeln schlugen sie auf den völlig Ahnungslosen, der seine Braut nach Hause gebracht hatte, ein und verschleppten ihn nach der Plätterei „Blütenweiß“ in der Glasgower Straße.

Ohne Zweifel hatten die vertierten Mordgesellen die Absicht, in diesem ihrem Unterschlupf den Jungarbeiter abzukillen.

Aber einige Frauen, die den Vorgang beobachtet hatten und die Gefahr richtig einschätzten, schlugen Alarm.

Immer mehr Arbeiter sammelten sich jetzt zur Gegenwehr. Die Massenselbstschutzformationen rückten an. Und nun nahmen die feigen Nazibanden Reißaus, gedeckt durch einen Motorradfahrer und den oben erwähnten Privatkraftwagen. Dabei brüllten sie: „Straße frei! Wir schießen!“

Große Erregung herrscht in jenen Straßen über den Naziüberfall; eine große Anzahl Arbeiter kamen am Montagabend zusammen, um Massenselbstschutzstaffeln zu bilden.

Neger- und Getränkesteuer sollen bleiben!

Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom Oberverwaltungsgericht für null und nichtig erklärt — Die Werktätigen sollen blechen

Der Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung gegen die Erhebung der Bier- und Getränkesteuer, der auf Initiative der Kommunisten zustande kam, ist jetzt vom 2. Senat des Oberverwaltungsgerichts übergangen worden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat die Bürger- und Getränkesteuer abgelehnt. Sie wurden vom Staatskommissar der Severingregierung diktiert. Gestern vormittag hat sich ebenso wie die Severingregierung das Oberverwaltungsgericht über die Stadtverordnetenversamlung hinweggesetzt und die Erhebung der Steuern für rechtsgültig erklärt. Diese faschistische Maßnahme muß den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und der werktätigen Mittelständler hervorrufen. Haltet Protestversammlungen ab! Faßt Kampfbeschlüsse gegen die Negersteuer, gegen die Getränkesteuer! Fordert die Nichtdurchführung dieser Steuerlasten!

Grzesinski gestattet „Angriff“-Mordhetze

SPD.- und Reichsbannerarbeiter, was sagt ihr dazu?

Wiederholt hat die „Rote Fahne“ die widerliche Mordhetze des „Angriff“ angeprangert. Alle Spalten des Goebbels-Blattes wimmeln jeden Tag von frechen Lügen. Alle Bluttaten der SA.-Banden werden dreist in das Gegenteil umgelogen. „Stellt die Verantwortlichen an die Wand“ — „Räuber-KPD., Verbrecher“ usw. Die Folgen der „Angriff“-Hetze sind die täglichen nach dem Muster der italienischen Faschisten durchgeführten Terroraktionen der SA.-Banden gegen die Arbeiterschaft.

Was sagt ihr dazu, sozialdemokratische Arbeiter, daß dieses Blatt jeden Tag unverhüllt zum Mord hetzen kann? Seid ihr damit einverstanden, daß euch die Papenfreunde, wie im gestrigen „Angriff“ als „Reichsjammerlumpenpack“ beschimpfen können? Seid ihr damit einverstanden, daß Grzesinski, der gegen den „Angriff“ nicht den kleinen Finger rührt, gegen die „Rote Fahne“ mit den schärfsten Mitteln vorgeht, wenn sie die wehrhafte Einheitsfront aller Arbeiter gegen den SA.-Terror fordert?

Hier habt ihr den praktischen Beweis, wer den Faschisten hilft. Euer Platz ist an der Seite der kommunistischen Arbeiter in der Antifaschistischen Aktion!

Gastwirtsgehilfen-Nachweis, Schutzstaffel: 150 Mitglieder

Die richtige Antwort auf SA.-Provokationen — Adlershofer Erwerbslose in Aktion — Gestern wieder Demonstrationen gegen SA.-Kaserne in Moabit

Auf dem Nachweis Fontanepromenade, wo die erwerbslosen Gastwirtsgehilfen stempeln — auch Sonntags —, erschien am letzten Sonntag ein uniformierter Nazi. Die Erwerbslosen empfanden das sehr richtig als Provokation und setzten den Notverordnungssoldaten an die Luft. Unter Drohungen verschwand er.

Kurz darauf erschien eine Bande von 50 bis 60 ebenfalls mit Notverordnungsluft eingepuppten Nazis, um mit Gummiknüppeln und Stahlruten ihre Provokation zu steigern. Sie hatten sich aber verrechnet. Aus Fenstern und Türen wurden sie von Niederrufen der Erwerbslosen und von Hochrufen auf die rote Einheitsfront empfangen. Auf Grund des geschlossenen Abwehrwillens zogen es die Braunhemden vor, schleunigst zu verduften und nicht erst eine tiefere Bekanntschaft mit der am letzten Freitag geschaffenen Einheitsfront am Nachweis Fontanepromenade zu machen.

Die revolutionären Kellner legten sofort Listen aus, in die sich über 150 Kollegen zur Bildung einer Kampfstaffel eintrugen.

★

Gestern fand im Lokal Ziege in Adlershof eine Erwerbslosenversammlung statt, an der etwa 400 Personen teilnahmen, darunter 100 AfA-Arbeiter und Delegierte der Adlershofer Betriebe. Sie stellten folgende Forderungen auf:

„Die am Dienstag, dem 21. Juni, versammelten Erwerbslosen von Adlershof erklären, alles in die Wege zu leiten und nicht eher zu ruhen, als bis die faschistischen Notverordnungen der Papenregierung in Preußen beseitigt sind. Sie fordern im besondern die Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit sowie Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen,

Aufhebung des RFB.-Verbots.

Sie kämpfen gegen Notverordnungen, und gegen Hunger und Not, gegen Faschismus, gegen das kapitalistische System, für Arbeit und Brot, für den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD., für die an das Bezirksamt Treptow gestellten Forderungen.

★

Am Montag nachmittag sollte in der Gotzkowskystraße im Nordwesten eine schwangere Frau mit einem kleinen Kind exmittiert werden. Die herbeigeeilten Erwerbslosen wollten gerade ihre Sachen wieder in die Wohnung hinauftragen, als die Polizei erschien und gemeinsam mit uniformierter SA. gegen die Erwerbslosen vorging. Daraufhin bildete sich ein spontaner Demonstrationszug vor das Nazilokal in der Beusselstraße. Ueber 1000 Arbeiter hatten sich eingefunden. Die Polizei räumte auch hier die Straßen.

Gestern sammelten sich wieder die Arbeiter in großer Zahl. Bald waren es über 1000, die Nazis, die gestern abend noch ihre uniformierten Zeitungsverkäufer ausgestellt hatten, wagten heute nicht mehr, in Uniform ihre Zeitungen zu verhandeln.

Man sah unter den demonstrierenden Arbeitern besonders viele Reichsbannermitglieder und SAler.

Drei eintreffende Ueberfallwagen, wahrscheinlich von den Nazis alarmiert, räumten mit dem Gummiknüppel die Straßen.

Schlangestehen nach Knochen in Berlin

Papens Fleischersatz für Erwerbslose

Rosenthaler Straße. Auf die alten und verdreckten Häuserfronten, die mit unzähligen Reklameschildern und auch vielen „Zu-vermieten"-Plakaten bedeckt sind, blinkt der erste Sonnenstrahl. Es ist noch nicht ganz 6 Uhr. Vereinzelte Straßenbahnen bimmeln, und Arbeiter, die noch das seltene „Glück" haben, in Arbeit zu stehen, beeilen sich, um in ihre Quetsche zu kommen.

„Wat jibs denn hier?"

An dem Hause 6-7, in dem der Schlächter Zielinski seine Wurstfabrik hat, zieht sich eine Menschenschlange entlang. Männer, Frauen und Jugendliche kommen vereinzelt und reihen sich schweigend an. Immer länger wird die Reihe. Alles Erwerbslose.

Selten nur blicken sich Passanten um, diese Elendsschlange ist ihnen schon ein gewohntes Bild.

„Wat jibs denn hier?" erkundigt sich eine Arbeiterfrau. — „Knochen!" ist die kurze Antwort. Einige Neugierige wollen wissen, von wem die Knochen bezahlt werden und wer welche bekommt.

Früher gab's dreimal in der Woche für jeden ein Pfund Knochen auf die Stempelkarte. Neulich waren soviel Menschen hier, daß der Vorrat nicht gereicht hat. Seitdem gibt's nur noch zweimal in der Woche, und zwar Dienstags und Freitags.

Ueberall kommen jetzt Diskussionen in Gang, währenddem die Schlange schon auf 200 Menschen angewachsen ist.

„Soweit sind wir also schon gekommen, daß wir hier wie ein Hund auf der Straße um ein paar Knochen betteln müssen", meint ein Arbeiter.

„Ich weiß nicht, was ich mit dem einen Pfund Knochen anfangen soll, bei vier Personen", ruft eine Frau dazwischen. „Ja, das stimmt schon", wird ihr erwidert, „wenn es man noch Rinderknochen wären, aber Schweineknochen, da kann man ja überhaupt wenig mit anfangen."

Eine ältere Frau will wissen, daß der Schächtermeister „dem Zentrum" nahesteht. Schüchtern wirft sie ein, daß man dem Meister doch „dankbar sein müsse", daß er die Knochen verschenke.

Die Hungerschlange in der Rosenthaler Straße.

Hohngelächter bricht aus. „Mit solchen privaten Wohltaten wollen die Unternehmer bloß ihr Gewissen beruhigen und nebenbei noch als „edler Menschenfreund" und wie man derartige Leute noch nennt, glänzen. In den Zeitungen wird immer großes Geschrei über die „Hungerschlangen" in Sowjetrußland gemacht. Den Schwindel verbreiten sie nur, damit wir die wirklichen Hungerschlangen in Deutschland vergessen sollen. Sollen sie mal ruhig die Millionäre anständig besteuern, wie es die Kommunisten vorgeschlagen haben, dann können sie uns auch genug Unterstützung geben und brauchen die Arbeitslosen nicht an die Mildtätigkeit einzelner Unternehmer zu verweisen." So sprach ein Jungarbeiter von seinem Fahrrad herunter, mit dem er am Rinnstein haltgemacht hatte.

Die Hungerschlange kommt in Bewegung

Ueber 300 Menschen stehen in einer Reihe und viele stimmen den Worten des jungen Arbeiters zu. Die Meinung, daß es „so nicht weiter geht" und daß man sich wehren muß gegen die Notverordnungen, war vorherrschend.

Proleten! Lange genug gibt man euch schon die Knochen und den anderen das Fleisch. Wehrt euch!

Notverordnungsfolgen: Selbstmorde!

Fünf Menschen beenden ihr Leben

Innerhalb von 12 Stunden haben in Berlin nicht weniger als fünf Menschen ihr Leben aus wirtschaftlicher Notlage beendet. Die Notverordnungen können sich krasser nicht selbst kommentieren als durch diese Tatsachen.

Fast alle fünf Selbstmörder entstammen dem Kleinbürgertum: In Lichtenberg erhängte sich der Teilhaber der Maschinenfabrik Künitzer; in Wilmersdorf erschoß sich auf einer Bank im Hindenburgpark der Musiklehrer Graf Horst v. Hopfgarten; in Niederschönhausen machte der Bäckermeister Kuezow seinem Leben durch Erhängen ein Ende; der Milchhändler Ernst Ruchard aus Steglitz verübte Selbstmord in der gleichen Weise.

Zwischen den Stationen Wannsee und Neubabelsberg warf sich ein noch unbekannter 35 Jahre alter Mann vor einen herankommenden Zug.

Außerdem versuchten zwei weitere Personen Selbstmord zu begehen, beide konnten aber noch von der Feuerwehr gerettet werden.

*

Gestern früh drangen kurz nach Geschäftsöffnung fünf Jungerwerbslose in die Filiale der Meierei Bolle in der Holzmarktstraße 21 ein und nahmen von den Ladentischen Wurst im Werte von etwa 20 Mark. Sie entkamen damit unerkannt, ehe die Polizei eintraf.

Arbeiterkinder sprechen über „ihre" Schule

Gegen die Spardiktatur — Jede Stimme am Sonntag der „Einheitsliste werktätiger Eltern"!

„Unser Lehrer ist ganz knorke." Die Horde um uns herum war ganz Zustimmung.

„Der hat uns bis jetzt noch nicht verkeilt. Aber det is auch ein Jungscher. Daher kommt det. Früher hatten wir 'n Olen. Der hat jede Stunde Keile ausgeteilt."

Ich ging mit den Kindern der Nachbarsleute zusammen nach Hause. Es waren noch andere Jungen dabei. Sie erzählten, einmal angestoßen, ohne Unterbrechung. Und immer zwei oder drei auf einmal.

„Früher waren wir weniger."

„Wat, weniger? Wieviel sind denn jetzt in der Klasse?"

„Erst war'n wa bloß dreißig. Und jetzt in der höheren Klasse sind wir 48 zusammen."

„Leer? Nich een Platz ist leer zwischen die Bänke. Alles besetzt."

„Und wie det stinkt. Im Winter war et noch schlimmer, weil wir da die Fenster nich aufmachen konnten. Wat, frage doch den Pips."

Wir ziehen durch die Reinickendorfer Straße. Vor uns ist ein kleiner Auflauf. Einem Radfahrer ist der Schlauch geplatzt: „Der fährt auf Latschen", bemerkt mein Nebenmann überlegen. Es gibt eine kleine Stockung. Alles bleibt stehen, um den schwitzenden Radfahrer zu beobachten.

Dann gehen wir aber wieder weiter. Wir erzählen uns: „Früher war et besser. Da ham wir Ausflüge gemacht. Ueberallhin. Aber jetzt, sagt der Lehrer, ham se dafür keen Jeld mehr. Und die allermeisten von uns können auch det Fahrgeld nicht selber bezahlen. Da müssen wir zu Hause bleiben."

„Oder die gehen mit uns in Berlin spazieren. Nachs Schiffsmuseum, Kähne antieken. Ausflüge waren besser."

„Weeßt du noch, den Schaber von vorige Woche?" stößt einer den andern an. „Ach ja, der hat vier Tage keine Schularbeiten gemacht. Er hat immer gesagt, sein Vater kann ihm keene Hefte kaufen, und der Lehrer wollte ihm keene geben. Nachher hat er aber doch gegeben. Sonst hätte der am Ende bis jetzt noch keene Schularbeeten gemacht, war?"

„Bestimmt", bekräftigt unser linker Begleiter.

„Wir haben verjangnet Jahr noch eenen Lehrer gehabt, doch 'n Jungschen, bei dem hatten wir gar keene Schularbeiten. Aber der ist entlassen. Schade. Mit den ham wa uns vertragen."

Ich frage einen, ob er schon mal Schulspeisung gegessen hat.

„Nein."

Aber ein anderer schreit: „Ja, Quäker ham wa gekriegt, Quäkerspeisung, immer Schokladensuppe, ganz dicke. Det war ruffe, wat?"

Und der Befragte nickt. „Ja, aber jetzt gibt's det ooch nich mehr. Ooch schade."

„Meine Mutter sagt, dafür ham se Panzerkreuzer gebaut. Darum jibt's keene Schulspeisung mehr."

Und dann erzählt er mir: „Und jestern abend war meine Mutter zur Versammlung. Mein Vater ooch. Heute morgen sagten se beim Kaffee, det mit die überfüllten Klassen, davor ham se gestern gesprochen, wollen se ändern. Und Schulspeisung und Ausflüge soll et auch wieder geben. Darum wollen sie jetzt bei der Elternbeiratswahl die Eltern wählen, die das alles wieder einführen wollen."

So sprechen die Berliner Kinder über die Volksschule.

Arbeitereltern, sie mahnen: Am kommen Sonntag „Einheitsliste werktätiger Eltern", Kampf gegen die Schulreaktion ist eure Parole!

Theodor Plivier:

Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

3. Fortsetzung

Die Heizer und Matrosen verharren auf ihrem Platz. Mit hochgeredten Gesichtern, niemand bewegt sich, niemand spricht ein Wort. Sie stehen am Schornsteinsockel, ein Haufen ohne Sprache.

Der Heizer Raumschuh reckt sich plötzlich auf:

„Jawohl, Herr Kapitän, runter in den Bunker, aber anders als sonst! Wir können auch anders!"

Auch der Kohlenschlepper Bonczyk findet Worte:

„Die Schaufel umgedreht — und reinhauen in die Fresse!"

„Wachoffiziere! Wachtmeister! Stellen Sie den Mann fest! Stellen Sie die Leute fest!"

„Alle stehenbleiben!" ruft der Wachoffizier herunter.

„Du kannst uns mal am Arsche lecken!"

„Los, alle runter in den Heizraum!"

Der ganze Trupp macht kehrt, läuft durch die Kasematten, in der Richtung zu den Heizraumzugängen, Heizer und Matrosen, in zufälligem Durcheinander. Sie klettern die Steigeleitern hinunter.

„Was kann uns schon passieren!"

„Verrecken müssen wir so und so!"

„Wenn schon kaputt gehen, dann gleich! Aber dann kommen noch ein paar von den andern mit!"

Die Heizer unten haben inzwischen die Feuer niedrig gehalten. Für mehr als 12 Meilen haben sie keinen Dampf gemacht. Raumschuh ist der erste unten im Kesselraum. Die andern drängen in Haufen hinter ihm her.

Der Obermaat steht, dem Trupp den Rücken zugekehrt.

Er brüllt einen der untengebliebenen Heizer an:

„Was fällt Ihnen ein? Sie kommen zum Rapport! Ich gebe Ihnen den direkten Befehl!"

Raumschuh hat schon eine Stange in der Hand. Er springt an seinen Kessel, reißt die Klappe auf und beginnt das Feuer herauszuholen. Er arbeitet wie gejagt; mit jedem Zug reißt er einen Haufen glühender Kohlen auf die Fliesen herunter.

„Brummschick — den Schlauch her!"

„Der Schlauch, wo ist der Schlauch?"

„Wasser her!"

Einer bringt den Schlauch. Bonczyk hält ihn in die Glut. Ein Dritter dreht das Ventil auf. Weiße Dämpfe kochen auf und quellen schnell bis unter die Decke. Die Menschen bewegen sich in den aufsteigenden Nebeln wie Schemen.

Die anderen Heizer sind einen Moment lang starr.

Sie sind plötzlich von einer Meute Matrosen umgeben, die auf sie einreden. Und mitten in dem jähen Durcheinander wühlt dieser Raumschuh wie ein Besessener. Daneben steht Bonczyk mit dem Schlauch wie ein grinsender Teufel. Und der aufkochende Dampf wird immer dicker.

Der Obermaat gewinnt seine Fassung wieder:

„Seid ihr denn alle wahnsinnig geworden? Raumschuh, Heizer Raumschuh!"

Der dreht die Stange um; seine Augen flackern. Der Obermaat prallt vor dem Gesicht zurück und flüchtet vor dem rotglühenden Eisen. Raumschuh immer hinter ihm her. Und nur der Umstand, daß der Heizer Holzpantinen und der Obermaat Stiefel trägt und daß zufällig die Schottüren durch alle Heizräume offen stehen, rettet den Obermaat davon, niedergeschlagen zu werden.

Die anderen kommen hinter den beiden hergelaufen. Heizraum II, III, IV werden in das Durcheinander mit hineingerissen: Ein Vorstoß, das ist jetzt ganz klar! Darüber braucht kein Wort mehr gesprochen zu werden!

Die Zögernden werden angeeifert:

„Der „König Albert" macht nicht mehr mit!"

„Der „Markgraf" hat auch die Feuer gelöscht!"

„Raus die Feuer, was nachher kommt, das werden wir schon sehen!"

„Lieber ein Ende mit Schrecken als Schrecken ohne Ende!"

Feuerklappe nach Feuerklappe wird aufgerissen. Die Heizer der Wache und die von der Freiwache, die zusammen mit den Matrosen von oben eingedrungen sind, alle arbeiten wie von plötzlichem Massenwahnsinn befallen daran, das Schiff lahmzulegen. Und während dieser Aktion wird kaum gesprochen.

Ein paar Sätze nur, irgendwo im Nebel:

„Für keine Meile Dampf mehr!"

„Aber wenn der Engländer kommt?"

„Das ist ganz was anderes!"

„Dann wird Dampf gemacht!"

„Dann stehen wir wie ein Mann!"

Der Obermaat, der in der Maschinenzentrale Meldung gemacht hat, kommt zurück. Hinter ihm her der Wachtmeister, der Stabsingenieur, ein Seeoffizier, Deckoffiziere, Pistolen in den Händen.

„Kerls, seid ihr denn wahnsinnig?"

„Wißt ihr auch, was ihr tut?"

„Das ist Meuterei vor dem Feind!"

Lautes Johlen ist die Antwort! Jemand hat die Lichtkabel durchgeschnitten. Die Heizräume verwandeln sich in ein Chaos. Feuerstürze! Wild aufquellender Wasserdampf! Wände und Decken und der Boden unter den Füßen sind nicht mehr zu sehen. Es gibt nicht mehr unten und oben — ein Gasball, der in wilden Kreisen zu rotieren scheint; und mitten darin dunkle Knäuel miteinander ringender Leiber und wie rote Flecken die offenen Feuerschlünde.

Die Alarmglocke schrillt:

„Klar Schiff zum Gefecht!"

„Tut eure Pflicht!"

„Klar Schiff!"

„Darauf fallen wir nicht mehr rein!"

„Wir haben uns genug anlügen lassen!"

„Schwindler!"

„Selbstmörder!"

„Haut ihn, haut ihn!"

Faustschläge! Fußtritte! Die Feuerlöschschläuche werden auf die eindringenden Vorgesetzten gehalten. Der Ingenieur, der seine Pistole gezogen hat, fliegt auf den Hintern, wischt über die Fliesen hin und verschwindet. Die Offiziere flüchten. Hinter ihnen her fliegen Kohlestücke und Kesselsteine.

Der letzte Kessel fällt aus. Auch für SMS. „Großer Kurfürst" ist der Krieg vorbei.

Funksprüche vom Flottenflaggschiff:

„Vorhaben ist unbedingt auszuführen!"

„Vorhaben ist nicht auszuführen!" antwortet der Kommandant.

„Vorhaben ist nicht auszuführen!" antworten die Chefs der einzelnen Geschwader.

Am nächsten Tage Führersitzung auf dem Flottenflaggschiff „Baden".

Das Flottenkommando hat die Geschwaderchefs versammelt und läßt über die Vorkommnisse der letzten Nacht berichten.

(Fortsetzung folgt.)

Roter Sport

Magistrat verschenkt Sportplätze

Es ist kein schlechter Scherz, es ist eine Tatsache. Der **Berliner Magistrat** will trotz des augenblicklichen Mangels an Plätzen für die sporttreibenden Werktätigen und trotz des immer wieder festgestellten Mangels an Mitteln zur Unterhaltung der noch vorhandenen Sportplätze **einen Sportplatz verschenken...** Endlich zeigt auch der Berliner Magistrat ein wenig Interesse für die sporttreibenden Werktätigen!... Richtig so, daß man den roten Sportlern oder anderen sporttreibenden Werktätigen bei ihrer schlechten Lage etwas unter die Arme greift! — so wird jeder werktätige Sportler denken! Es handelt sich aber diesmal um den feudalen **VSV. 1892**, der selbst im Lager der bürgerlichen Sportler unter der Firma **„Faschistenklub"** bekannt ist!

Vor zwei Jahren hat das Bezirksamt Wilmersdorf dem VSV. 92 auf die Dauer von fünf Jahren den jetzigen Sportplatz an der alten Schmargendorfer Gasanstalt **für 100 Mark (!) jährlich** verpachtet. Jetzt soll nun dieser Platz für andere Zwecke verwendet werden und das Bezirksamt will dem Verein als Ersatz in der Nähe einen schon fertig planierten Platz mit viel größeren Ausmaßen auf 25 Jahre zur Verfügung stellen. Dieser Plan hat auch schon die Zustimmung der „zuständigen" Stellen gefunden, denn, wie wir hören, hat der VSV.-Vorstand bereits in einer Sitzung die „wohlwollende" Stellungnahme des Oberbürgermeisters Sahm entgegennehmen können.

Am letzten Sonnabend tagte der VSV.-Vorstand gemeinsam mit den Mitgliedern des Berliner Ausschusses für Leibesübungen. Wir erfahren von dieser gemeinsamen Sitzung, daß seitens des Magistrats die Absicht besteht, von dem Verein die ersten 3 Jahre 100 Mark und dann jährlich 3500 Mark als „Entschädigung" entgegenzunehmen. Auf Verlangen der Ausschußmitglieder brachte der VSV.-Vorstand weitere sehr interessante Zahlen zur Kenntnis. Es ist bei VSV. 92 **eine jährliche Einnahme von rund 35 000 Mark** zu verzeichnen, wovon 15 000 Mark aus Platzeinnahmen stammen, der Rest wird durch Mitgliedsbeiträge aufgebracht, die 3 Mark monatlich betragen. Erwerbslose Mitglieder müssen die Beiträge im **Arbeitsdienst** „abarbeiten". Eine **Grundstücksteuer**, wie sie von allen anderen Vereinen gezahlt wird, ist **noch nie entrichtet worden** und nach den Ausführungen des Vorsitzenden gedenkt man „auf Grund guter Verbindungen" auch in Zukunft keine zu zahlen.

In den nächsten Tagen soll der Ausschuß für Leibesübungen über dieses Geschenk an VSV. 92 endgültig entscheiden. Ein Proteststurm muß unter den werktätigen Sportlern gegen dieses Geschenk des Berliner Magistrats an den feudalen VSV. 92 losbrechen.

Während den roten Sportlern die Plätze entzogen und anderen Sportvereinen die Plätze gepfändet werden, weil sie nicht in der Lage sind, die Grundstücksteuer zu zahlen, darf sich der Kanonenverein VSV. 92 rühmen, „auf Grund guter Verbindungen" keine Steuern zu zahlen!

Während die Bezirksämter mit „freiwilligem" Arbeitsdienst und Kopfsteuern die Unterhaltung der Sportplätze auf die werktätigen Sportler umlegen, gewährt der Berliner Magistrat dem äußerst gut finanzierten VSV. 92 ein Riesengeschenk!

In allen Bezirken müssen sich die werktätigen Sportler zusammenschließen zum Kampf gegen die Subventionierung dieser bürgerlichen Kanonenvereine in Form von Platzgeschenken auf Kosten der werktätigen Steuerzahler. In verstärkter Form muß der Kampf geführt werden für unentgeltliche Benutzung der Städtischen Sportplätze durch die Vereine der sporttreibenden Werktätigen!

Gegen Faschismus, Arbeitsdienst und Krieg

Verstärkt die Antifaschistische Aktion — Mobilisiert für den Reichskongreß der Antifaschistischen Aktion am 10. Juli in Berlin

Die Führer der bürgerlichen Sportbewegung versuchen unter Zuhilfenahme aller Mittel, die sporttreibenden Werktätigen in ihren Reihen für ihre faschistischen Ziele, für den Arbeitsdienst und für den imperialistischen Krieg zu begeistern. Die Veranstaltung im Grunewald-Stadion vor einigen Wochen zeigte dies in aller Deutlichkeit. Ebenso deutlich zeigt sich aber auch, daß die werktätigen Sportler nicht gewillt sind, sich so ohne weiteres den faschistischen Bestrebungen ihrer Führer zu unterwerfen. Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Widerstand zu verstärken.

Gegen Faschisierung und Militarisierung des Sports muß die rote Einheitsfront aller sporttreibenden Arbeiter marschieren, muß die Antifaschistische Aktion vorstoßen ins Lager des bürgerlichen Sportes.

Aber auch die Einheitsfrontarbeit zur Gewinnung der Arbeitersportler in den reformistischen Verbänden muß in verstärktem Tempo durchgeführt werden. Denn auch die reformistischen Führer gehören zu den Kräften, auf die der Kapitalismus für die Aufrechterhaltung des Ausbeutungssystems weiter rechnen kann. Wenn sie auch reden vom Kampf gegen den Faschismus, wenn sie auch reden von Einheit, so zeigt ein Beispiel aus Leipzig, welche Einheit sie meinen. In Leipzig fand ein „Fest der Arbeiterorganisationen im Südosten" statt und dort hielt vor zahlreichen Arbeitersportlern der Chefredakteur der „Deutschen Turn-Zeitung", des Organs der Faschisten Neuendorff usw., der Direktor Groh, die Festansprache. Das ist also die angestrebte Einheitsfront. Auch in der Frage des „freiwilligen" Arbeitsdienstes zeigen sich Parallelen mit dem Arbeitsdienst der faschistischen Wehrverbände. In den Durchführungsbestimmungen des dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossenen Vereins „Freie Turnerschaft" in Frankfurt a. M.-Braunheim, befindet sich folgender Absatz:

„Die Leitung des Vereins behält sich vor, solche Teilnehmer, die für das Gemeinschaftsleben innerhalb der Gruppe ungeeignet sind, jederzeit auszuschließen und das Arbeitsamt entsprechend zu benachrichtigen. Als ungeeignet ist insbesondere anzusehen, wer sich Verstöße gegen die Ordnung des Dienstes zuschulden kommen läßt, wer unverträglich ist und Unfrieden stiftet, wer sich den Anordnungen der Führer widersetzt oder zum Widerstand auffordert."

Mehr fordern die faschistischen Arbeitsdienstführer auch nicht.

Das ist die Praxis der Politik des Reformisten Wildung, der sich nicht nur energisch für den Arbeitsdienst einsetzte, sondern auch gemeinsam mit Wels die Forderung vertrat, die Faschisten an die Macht heranzulassen.

Angesichts dieser Situation im bürgerlichen und reformistischen Sportlager muß es Aufgabe der roten Sportler sein, in stärkerem Maße als bisher ihre Arbeit auszurichten auf die Herstellung der breiten Sporteinheitsfront aller sporttreibenden Arbeiter gegen Faschismus und Bourgeoisie, für die Durchsetzung der Forderungen der sporttreibenden Arbeiter. In immer stärkerem Maße bricht sich bei den sporttreibenden Arbeitern auch im gegnerischen Lager die Erkenntnis Bahn, daß alles darangesetzt werden muß, dem Hitlerfaschismus den Weg zur Machtergreifung zu verrammeln durch einheitliche Aktionen in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Wohngebieten gegen faschistischen Terror, gegen die Angriffe der sozialen Reaktion auf die Lebenshaltung der Werktätigen. Auch auf dem Gebiete des Sports steht die Frage nicht anders. Die Solidaritätsaktion von Bundesmitgliedern und Mitgliedern bürgerlicher Sportverbände mit den roten Sportlern, ihre Einreihung in die Antifaschistische Aktion, ihre Teilnahme am Massenselbstschutz legen Zeugnis ab vom Kampfwillen auch der sporttreibenden Arbeiter. Noch kühner und mutiger müssen die roten Sportler vorstoßen, um die sporttreibenden Arbeiter zu gewinnen für die Durchführung der Antifaschistischen Aktion. So vorbereitet wird auch der

am 10. Juli in Berlin

stattfindende Reichskongreß der Antifaschistischen Aktion nicht nur lebhaften Widerhall bei den sporttreibenden Arbeitern finden, gleichviel, wo sie sportlich organisiert sind, werden sie durch ihre aktive Teilnahme durch Delegationen an diesem Kongreß mit den roten Sportlern ihrer Kampfverbundenheit in der Verbreiterung der Antifaschistischen Aktion Ausdruck geben. Mit aller Energie gilt es, auch die sportlichen Veranstaltungen in den Dienst der Herstellung der roten Einheitsfront gegen Faschismus, Arbeitsdienst, gegen die Bourgeoisie zu stellen. Sie müssen wuchtige Kundgebungen für den einheitlichen Kampf in roter Einheitsfront auch gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion werden.

Sonnenwende am Uedersee

Die proletarischen Organisationen des Finowtals veranstalten am Sonnabend, dem 25. Juni 1932, ihre gemeinsame Sonnenwende auf dem **Kartellgelände des Arbeitersport- und Kulturkartells Finowfurt am Uedersee.** Die Berliner Arbeiterschaft und ihre Organisationen müssen durch zahlreiche Beteiligung an dieser Sonnenwende die Genossen auf dem Lande in ihrer schweren Arbeit unterstützen.

Der gemeinsame Abmarsch zur Feier erfolgt um 21 Uhr vom **Fichtesportplatz Finowfurt.**

Im Programm sind vorgesehen: Musik, Gesang, Rezitationen, Sprechchor, Feuerwerk. Ansprache: Genosse **Ernst Schneller, M. d. R.** Eintrittsplakette 10 Pf.

Berliner Genossen, die Massenquartier wünschen, müssen sich sofort an den Genossen **Hermann Pätsch, Finowfurt, Messingwerkstraße 17,** wenden.

Ferner finden am Sonntag folgende Veranstaltungen in Finowfurt statt.: Tag der roten Radfahrer, Schwimmfest im alten Kanal, Hand- und Fußballspiele, sportliche Wettkämpfe auf dem Fichteplatz.

Unsere Rote Versammlungsfront

Massenkundgebungen gegen RFB.-Verbot

Donnerstag, den 23. Juni

Bökers Festsäle, Weberstraße, 20 Uhr. Referent: Müller, M. d. L.

Freitag, den 24. Juni

Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße. 20 Uhr. Referent: Willi Leow, M. d. R.

Swinemünder Gesellschaftshaus, 20 Uhr. Jugendkundgebung. Referent: Ernst Lohagen, M. d. R.

Sonnabend, den 25. Juni

Kliems Festsäle, Hasenheide, 20 Uhr. Referent: Willi Leow, M. d. R.

Die Gauleitungen des Reichsbanners und Jungbanners sind eingeladen.

Genosse Wollenberg spricht:

in **Haverlands Festsälen**, Neue Friedrichstraße 35, am **Mittwoch, dem 22. Juni**, um 20 Uhr. Thema: „Was ist zu tun gegen Naziterror, Hungersteuern und Unterstützungsabbau?" **Reichsbannerarbeiter und SA.-Proleten sind eingeladen zur Diskussion.**

KAMPFTAG

gegen faschistische Reaktion

für den Weltkongreß der Internationalen Roten Hilfe

Sonntag, 3. Juli, Carlshof, Berlin-Plötzensee

Tag der proletarisch-politischen Gefangenen

Massenaufmarsch gegen imperialistischen Krieg und weißen Terror

Riesenprogramm. Namhafte Künstler wirken mit, u. a. Erich Weinert, Ernst Busch. Boxen, Turnen, Ringen, Jiu-Jitsu, Akrobaten. Zeltlager der Rote-Hilfe-Pioniere, Riesenfeuerwerk. Große Tombola.

Eintritt 40 Pf., Erwerbslose 25 Pf. Beginn 15 Uhr.

Erwerbslosenversammlung

Nationalhof, Bülowstraße, Mittwoch, den 22. Juni, 16,30 Uhr, Referent: Werner, M. d. L. Zu dieser Versammlung sind Vertreter der **Landtagsfraktion der NSDAP. eingeladen.**

Antifaschisten, nicht vergessen!

Am Sonnabend, dem 25. Juni, stehen die roten Sammelkolonnen der Antifaschistischen Aktion bereit zum ersten

Groß-Sammeltag!

Helft durch eure Opferbereitschaft, den ersten Sammeltag zum Erfolg machen. Sichert durch eure Spenden die Antifaschistische Agitation und Propaganda.

Demonstriert auch durch Beteiligung an der Sammlung eure Kampfbereitschaft gegen Faschismus und Hunger.

Spenden für die „Antifaschistische Aktion" auf Postscheckkonto Nr. 89 957, Artur Golke, Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28.

Nazis als Notverordnungs-Partei

Oeffentliche Versammlung am Donnerstag, dem 23. Juni, um 19,30 Uhr, im **Lokal Weidner, Siemensstadt, Sternfeld.**

Achtung, Versammlungsanzeigen!

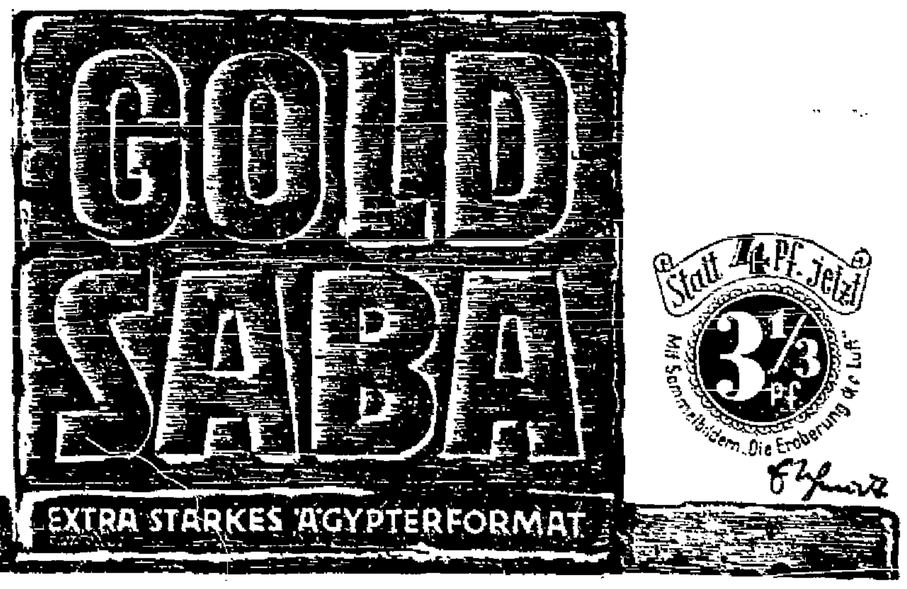
Wir bitten alle Genossen der Partei und Massenorganisationen, bei der Uebermittlung von Versammlungsanzeigen für den Versammlungskalender, sich an folgende Punkte zu halten:

1. Anzeigen für den Versammlungskalender in der „Roten Fahne" müssen von der **Bezirksleitung der Kommunistischen Partei abgestempelt sein.** Versammlungsanzeigen **ohne Stempel der BL. können nicht berücksichtigt werden.**
2. Schreibt den Text kurz, da wir nur sehr wenig Platz zur Verfügung haben. Alle Anzeigen schreibt deutlich.
3. Nie vergessen: **Ort, Lokal, Straße, Zeit, Datum!**
4. Versammlungen für den **nächstfolgenden Tag** werden nur veröffentlicht, wenn sie **einen Tag vorher um 17 Uhr in der Redaktion sind,** da für den Versammlungskalender um 17 Uhr Redaktionsschluß ist.

Kritisch sein!

Bitte vergleichen Sie „Gold-Saba" mit allen anderen Goldmundstück-Cigaretten.

Sie werden dann verstehen, warum der Erfolg der neuen „Gold Saba" nach dem alten Original-Rezept von Tag zu Tag größer wird.



Verhindert die Spaltung des Industrieverbandes!

Die Radikalisierung der gesamten Arbeiterklasse fand ihren Ausdruck in der letzten Generalversammlung des IVfdB., wo die Arbeiter gründlich mit der Spaltungspolitik und Streiksabotage des Zentralvorstandes und Beirats des IVfdB. abrechneten. Schiele, Hempel, Korinth, Mehlis, Teichert, Gesse und Co. im Zentralvorstand und Beirat wollen ebenso wie die Ebert und Krause im Baugewerksbund den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, gegen neuen Notverordnungslohn und Unterstützungsraub im Interesse der Unternehmer verhindern. Sie fürchten die Einheit der revolutionären Berliner Bauarbeiter und versuchen deshalb die Organisation von allen ehrlichen Arbeitern zu säubern.

Die Mitglieder erkennen jetzt, daß die Schiele und Co. in der Praxis dem Unternehmertum und der reaktionären Bauunternehmerbürokratie im Kampfe gegen die Bauarbeiter Vorschub leisten. Das beweist die Empörung, die in allen Verbandsbezirken Berlins über das schändliche Treiben des Zentralverbandes und Beirats ausgebrochen ist. Auf das glänzende Bekenntnis der Mitglieder in der Generalversammlung für die Einheit aller Arbeiter zum Massenkampf gegen den Faschismus, unter Führung der Kommunistischen Partei, wagt es diese Clique in der letzten Nummer des „Bauprolet" zu schreiben:

> **„Wer sich für die verbrecherische Zersplitterungsarbeit der KPD. mißbrauchen läßt, handelt im Sinne der Reaktion, leistet Hilfsdienste für den Faschismus. Mit eiserner Entschlossenheit werden wir solches Treiben zunichte machen."**

Das ist dieselbe Sprache, die die Bürokratie des Baugewerksbundes gegen revolutionäre Arbeiter anwendet. Es sind dieselben Argumente, mit denen die Renegaten der Arbeiterbewegung und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zehntausende ehrlicher Bauarbeiter aus den Verbänden herauswarf.

Ein Faustschlag ins Gesicht aller für die Einheit kämpfenden Bauarbeiter im IVfdB. ist es, daß dieser Zentralvorstand und Beirat es wagte, die Kollegen Dröske, Orzalkiwitz, Ulrich und Scheel als Vorstandsmitglieder, die Kollegen Malm, Ohlmeier und Lolat als Funktionäre des Verbandes auszuschließen, nur weil sie wagten, gegen die Spaltung des IVfdB. durch die Schiele und Co. anzukämpfen.

Dieser Zentralvorstand und Beirat, der bereits über 1000 Mitglieder des IVfdB. in Berlin ausgeschlossen hat, nur weil sie für die Einheit kämpfen, muß auf den entschlossenen Widerstand aller Bauarbeiter stoßen. Auf dieses schändliche Treiben kann es nur eine Antwort geben, nämlich, entschlossener, rücksichtsloser Kampf für die Erhaltung der Einheit des IVfdB. auf dem Boden der Klassenpolitik der roten Gewerkschaftsinternationale. Ein Massenproteststurm muß von allen Betrieben, Arbeitsnachweisen und den Bezirksmitgliederversammlungen des IVfdB. einsetzen. Delegationen der Betriebsarbeiter von den Baustellen, Stempelstellen und aus den Mitgliederversammlungen des IVfdB. müssen diesem Zentralvorstand und Beirat verständlich machen, daß sie ihre Organisation nicht zerschlagen lassen.

In allen Bezirken müssen die Mitglieder sofort zusammentreten und einmütige Beschlüsse fassen, die alle Ausschlüsse rückgängig machen. In der Funktionärkonferenz, die von der Spalterclique des Zentralvorstandes und Beirates einberufen ist, darf kein Funktionär fehlen. Einmütig muß hier beschlossen und durchgesetzt werden, daß über den Berliner Vorstand nur die Mitglieder des Industrieverbandes mit allen Bauarbeitern sofort in einer großen öffentlichen Bauarbeiterversammlung zusammentreten, um die Spaltungsaktion des Zentralvorstandes und Beirats im Keime zu ersticken.

In diesem Kampfe stehen den Kollegen des IVfdB. alle revolutionären Arbeiter zur Seite, die Schulter an Schulter mit ihnen für die Einheit ihrer Organisation kämpfen werden.

Wie die Bürokratie gemeinsamen Kampf der graphischen Arbeiter verhindern will

Mit jedem Tag zeigt sich deutlicher, wie wenig es der Verbandsbürokratie ernst mit einem großen Kampf der graphischen Arbeiter ist. Im „Korrespondent" Nr. 50 vom 22. Juni gibt der Verbandsvorstand der Buchdrucker Anweisungen heraus, die in ihrer Konsequenz geradezu eine Aufforderung an die Buchdrucker sind, Streikbrucharbeiten Vorschub zu leisten. Es heißt dort:

„Es ist kein Verstoß gegen die Friedenspflicht, wenn bei einem berechtigten Streik der Hilfsarbeiter von jedem Gehilfen

1. keine Streikarbeit, das heißt, keine andere Arbeit verrichtet wird, als die, die er bisher geleistet hat.
2. Kein Gehilfe darf einen Streikbrecher anlernen.
3. Die Zusammenarbeit mit einem Streikbrecher infolge tariflicher Haftung und Verantwortlichkeit des Gehilfen für die ihm zur Aufsicht zugewiesenen Maschinen und Apparate und der damit übergebenen Druckaufträge kann abgelehnt werden und nötigenfalls aus diesem Grunde das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der tariflichen Kündigungsfrist gelöst werden."

Die Bürokratie empfiehlt also den Gehilfen, wenn Streikbrecher in den Betrieben eingesetzt werden, eine Kündigungsaktion durchzuführen. **Das bedeutet aber in der Konsequenz die Verhinderung jeder Solidaritätsaktion von seiten der Gehilfen.** Wenn zum Beispiel am Sonnabend in einem Betrieb Streikbrecher eingesetzt würden, so müßten nach dem Willen der Bürokratie die Gehilfen bis zum nächsten Freitag warten, um die Kündigung einzureichen und könnten dann schließlich nach weiteren acht Tagen den Betrieb verlassen.

Diese Anweisungen spielen geradezu den Unternehmern in die Hände. Aus ihnen spricht nichts als die Furcht, daß es zu einem großen, gemeinsamen Kampf aller graphischen Arbeiter kommen könnte.

Aufgabe der Gehilfen ist es selbstverständlich, sofort die Arbeit niederzulegen, wenn auch nur ein Streikbrecher bei einem Streik der Hilfsarbeiter eingesetzt wird. Darüber hinaus aber ist der Kampf der Hilfsarbeiter die beste Gelegenheit für alle anderen graphischen Arbeiter, gemeinsam mit diesen den Kampf für ihre eigenen Forderungen aufzunehmen. Sie sind ja selbst eben erst schändlichen Tarifverschlechterungen ausgesetzt worden. Sie haben also eine alte Rechnung mit dem Unternehmer zu begleichen. Wenn Gehilfen und Hilfsarbeiter in einheitlicher Front den Unternehmern entgegentreten und den Streik organisieren, dann werden sie in der Lage sein, ihre gemeinsamen Forderungen durchzusetzen.

Teilstreiks im Reich

Steigert die Teilstreiks zu großen Massenstreiks gegen die Papen-Diktatur!

Dresden, 20. Juni. (Eig. Bericht.) Die Druckereiunternehmer haben am letzten Freitag allen graphischen Hilfsarbeitern gekündigt, sofern dieselben einem 18prozentigen Lohnabbau nicht zustimmen.

Vor den Gebäuden der „Dresdner Nachrichten", des „Dresdner Anzeigers" und der „Dresdner Neuesten Nachrichten" stehen bereits Posten mit Schildern: „Achtung, hier wird gestreikt!".

Düsseldorf, 21. Juni. Am Donnerstagabend trat die zweite Schicht der Drahtzieherei im Klöckner-Werk (früher Conix) geschlossen in den Streik. Die erste Schicht schloß sich am Freitagmorgen an, so daß jetzt 80 Drahtzieher im Streik stehen. Der Streik richtet sich gegen einen Abbau der Akkordsätze, die jetzt innerhalb eines Jahres zum viertenmal abgebaut werden sollen. Die Belegschaft, äußerst erregt über die ungeheuerliche Notverordnung Papens, den Abbau der Unterstützungen und die Einführung der neuen Steuern, ist entschlossen, die bodenlose Frechheit des Zentrumskapitalisten Klöckner, der nicht weniger als 30 bis 60 Prozent Akkordabbau verlangt, durch Streik zu brechen.

In Brotterode in Thüringen hat die Belegschaft des Betriebes Schubert auf den Appell der Wohlfahrtsempfänger einen zweistündigen Proteststreik gegen die Unterstützungskürzung an den Erwerbslosen durchgeführt. Gleichzeitig hat die Belegschaft eine Delegation gewählt, die beim Bürgermeister die Zurücknahme der Unterstützungskürzung fordern soll.

Im Betrieb Hamburg-Neuyork-Gummiwaren-Co. in Hamburg legte ein Teil der Arbeiterinnen gegen die ungeheuerlichen gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen, bei denen oft Arbeiterinnen zusammenbrechen, die Arbeit nieder. Die Arbeiter solidarisierten sich mit den Kolleginnen und verlangten Verhandlungen über die Mißstände mit der Geschäftsleitung. Angesichts der entschlossenen Haltung der Belegschaft mußte sich die Firma zur Abstellung der vorhandenen schlechten Zustände bereit erklären.

Sieg der Hamburger Möbeltransporter

Hamburg, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Streik der Möbeltransportarbeiter ist gestern nach dreiwöchiger Dauer mit einem vollen Erfolg für die Streikenden beendet worden. Der Lohnraub der Unternehmer ist abgewehrt. Der Streik konnte mit einem vollen Erfolg beendet werden, weil die Streikenden entgegen dem Willen der Gewerkschaftsbürokratie die Parole der RGO. befolgten, die Einheitsfront und eine enge Kampfverbundenheit mit den Erwerbslosen herstellten.

Landarbeiter im Kampf

Auf dem Gut Schultitten im Kreise Pr.-Eylau, dem Nazi-Junker von Kalkstreik gehörig, sollten die Löhne der Landarbeiterfrauen auf 1.50 Mark pro Tag abgebaut werden. Die Frauen erteilten die einzig richtige Antwort und traten in den Streik.

Auf dem Gut Schrombehnen, Kreis Pr.-Eylau, antworteten die Frauen auf den Versuch, den Lohn herabzusetzen, gleichfalls mit Streik. Auf dem Gut Fabiansfelde wollte der Nazi-Großjunker den Frauenlohn auf 1.25 Mark abbauen. Auch hier traten die Frauen als Antwort auf diesen geplanten Nazi-Lohnraub in den Streik.

Auf der Domäne St. Ludgeri sind Sonnabend früh 30 Arbeiterinnen gegen ihre unerhörte Unterdrückung und einen neuen Angriff des Unternehmers auf ihre Hungerlöhne spontan in den Streik getreten. Die RGO. hat die Führung sofort übernommen.

Auf dem Gut Bakhorn bei Wankendorf führt der Naziverwalter Köhler die Regie. Da der ortsübliche Lohn für eine Tonne Land Rüben zu hacken in der ganzen Umgegend 40 Mark beträgt, lehnten die Tagelöhner das Ansinnen des Naziverwalters ab, für 30 Mark eine Tonne Land zu bearbeiten. Sie legten darauf die Arbeit nieder.

Frech und zynisch erklärte der Verwalter, daß er sich Arbeiter heranholen wolle, die für 30 Mark die Arbeit machen. Er bestellte Nazis, und zwar 12 SA.-Leute vom Sturm 14,

Abschaffung der Pflichtarbeit erkämpft

Die Pflichtarbeiter von Oelsnitz im Erzgebirge, die seit dem 14. Juni gegen die Durchführung der Pflichtarbeit streiken, haben einen vollen Erfolg errungen. Nachdem unter dem Massendruck der Erwerbslosen die kommunistischen Anträge im Stadtparlament angenommen wurden, hat jetzt der Stadtrat den Beschluß durchgeführt. Die Pflichtarbeit wird eingestellt, und die Pflichtarbeiter werden bei vollem Gemeindearbeitertarif beschäftigt. Außerdem wird die Wohlfahrtsunterstützung, die in der letzten Woche gekürzt wurde, wieder voll ausgezahlt.

Der Streik der 1200 Pflichtarbeiter in Grünberg (Schlesien) ist nach einer Reihe von Zugeständnissen des Magistrats vorläufig beendet worden. Trotz größter Anstrengungen der SPD.- und NSDAP.-Führer, die einheitliche Kampffront zu zerschlagen, wurde der Streik bis zur letzten Minute geschlossen durchgeführt und nur auf Vorschlag des gewählten Aktionsausschusses vertagt. In zwei von den Nazi- und SPD.-Führern einberufenen Versammlungen erteilten die Erwerbslosen diesen Saboteuren die richtige Antwort. In der Naziversammlung **erklärten 14 SA-Proleten ihren Austritt auf der Nazi-Streikbruchpartei.** Ein Teil von ihnen reihte sich sofort in die Antifaschistische Kampfstaffel ein. Diese Naziversammlung wurde mit dem Gesang der „Internationale" geschlossen. Ebenso erging es den SPD.-Bürokraten in der von ihnen einberufenen Versammlung.

In Gleiwitz (O.-S.) hat sich die Kampffront weiter ausgedehnt. Die Pflichtarbeiter und freiwilligen Arbeitsdienstler stehen jetzt restlos im Streik. Als erste führten die Arbeitsdienstler der Technischen Nothilfe den Streik durch, trotz der Drohungen der Aufseher schloß sich die gesamte 300 Mann starke Belegschaft des Arbeitsdienstpflichtlagers diesem Kampf an.

Die Gleiwitzer Gewerbetreibenden reihen sich in die Kampffront gegen jede weitere Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen ein. In einem Schreiben an den Kampfausschuß hat eine Reihe von Kaufleuten erklärt, daß sie bei Verschärfung des Streiks ihre Läden schließen und sich dem Kampf direkt anschließen werden.

2000 streiken in Gelsenkirchen

Seit dem 20. Juni stehen 2160 Pflichtarbeiter in Gelsenkirchen gegen eine Lohnabbauaktion der Kommunalbürokratie im Streik bzw. in passiver Resistenz. Eine Delegiertenkonferenz der Pflichtarbeiter, an der sich 200 gewählte Baudelegierte, darunter auch zahlreiche sozialdemokratische, christliche und Naziarbeiter beteiligten, beschloß, sämtliche Baustellen in den Streik einzubeziehen. Die zentrale Streikleitung setzt sich zusammen aus einem christlichen, einem freigewerkschaftlichen, drei Naziproleten, zehn Parteilosen und fünf RGO.- und EVfdB.-Mitgliedern. Die Forderungen der Streikenden sind:

Weiterbezahlung des alten Lohnes, Bezahlung der Regenstunden, Gewährung einer Wegevergütung, Vorschüsse für Kleidung und Schuhe werden nicht in Abzug gebracht, Lieferung von Kohlen, Gleichstellung der Pflicht- mit den Wohlfahrtsarbeitern, Anerkennung der gewählten Baudelegierten.

Die Pflichtarbeiter von Kötzschen im Bezirk Halle-Merseburg haben durch Streik die schriftliche Zusicherung des Landrats erreicht, daß die Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung zurückgenommen wird. Gleichzeitig ist die Zusicherung gegeben worden, daß das Entfernen von revolutionären Wahlparolen nicht mehr als Pflichtarbeit gefordert wird.

Die Pflichtarbeiter von Heilbronn sind am 17. Juni gegen einen 15prozentigen Abbau der Wohlfahrtsunterstützungen in den Streik getreten. Sie fordern gleichzeitig Beseitigung der Gasmessermiete. Ein Vertreter der SPD. hatte vergeblich versucht, die Arbeiter vom Streik abzuhalten.

Passive Resistenz verhindert Ferienabbau

Erfolgreiche Aktion unter Führung des roten Verbandes bei Haus- und Sportschuh-G. m. b. H.

Die Firma Haus- und Sportschuh-G. m. b. H., Berlin, Große Frankfurter Straße 53, versuchte an der Belegschaft einen raffinierten Ferienabbau durchzuführen. Der Ferienstichtag für die Berliner Schuhbetriebe ist der 18. Juni. Das bedeutet, daß alle Belegschaftsangehörigen, die am 18. Juni beschäftigt sind, Anspruch auf Ferien haben. Der Unternehmer der Haus- und Sportschuh-G. m. b. H. forderte, daß der Ferienstichtag auf einen späteren Termin verlegt würde. Er verfolgte dabei die Absicht, erst die eiligen Aufträge herauszubringen, dann den Betrieb vorübergehend stillzulegen, um so die Belegschaft um die Ferien zu prellen.

Schon am Montag fand eine Betriebsversammlung statt, wo zu den Unternehmerangriffen Stellung genommen wurde. In dieser Versammlung war der Zentralverband der Schuhmacher (Opposition) vertreten. Zwei im Betrieb beschäftigte freigewerkschaftliche Kollegen ließen sich, anscheinend im höheren Auftrag, dazu verleiten, den Antrag zu stellen, daß die Vertreter der RGO. den Saal verlassen sollen. Gegen die Stimmen dieser beiden Kollegen beschloß jedoch die Belegschaft einstimmig, daß die Vertreter der RGO. sprechen.

Nach dem Referat des RGO.-Vertreters und ausgiebiger Diskussion nahm die Belegschaft einstimmig eine Resolution an, wo dem geplanten Lohnabbau und sonstigen Verschlechterungen der schärfste Kampf angesagt wird. Weiter beauftragte die Betriebsversammlung den Zentralverband der Schuhmacher (Opposition), alle Schritte in die Wege zu leiten, um durch geschlossenen Kampf jede Verschlechterung zu verhindern.

Am Dienstag mittag fanden zwischen dem Unternehmer, dem Betriebsrat und den Vertretern des Zentralverbandes der Schuhmacher (Opposition) Verhandlungen statt. Die Verhandlungen scheiterten zunächst, da der Unternehmer auf seinem Standpunkt beharrte. **Im Anschluß an die Verhandlungen wurde sofort im Betrieb eine Betriebsversammlung durchgeführt, in der der Vertreter der RGO. der Belegschaft vorschlug, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis der Unternehmer sich schriftlich verpflichtet, daß der Ferienstichtag der 18. Juni bleibt. Der Vorschlag wurde von der gesamten Belegschaft einschließlich der freigewerkschaftlichen Kollegen einstimmig angenommen.**

Nachdem der Betrieb stillgelegt war, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Unternehmer war angesichts des geschlossenen Widerstandes der gesamten Belegschaft plötzlich sehr kleinlaut geworden und bewilligte nach kurzem Verhandeln die Forderung der Belegschaft. **Der Unternehmer verpflichtete sich schriftlich, daß der Ferienstichtag der 18. Juni bleibt und daß alle Kolleginnen und Kollegen, die an diesem Tage im Betrieb beschäftigt waren, ihre Ferien erhalten.**

Die Belegschaft konnte diesen Erfolg nur erringen, weil sie sich bei der Vertretung ihrer Interessen an die richtige Adresse wandte. Die Kollegen in den anderen Schuhbetrieben und besonders im Betrieb Arena, wo der Unternehmer in ähnlicher Weise die Kollegen um die Ferien prellen will, müssen genau so wie bei der Haus- und Sportschuh-G. m. b. H. einig und geschlossen zusammenstehen, dann werden die Unternehmer auf Granit beißen. Auch bei dem Lohnabbau, der jetzt in allen Schuhbetrieben droht, muß den Unternehmern der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden.

EVfdB.: Zentrale Kassierer- und Funktionärkonferenz; heute 19 Uhr Residenzfestsäle, Landsberger Straße 31.

Französische Kommunisten mit uns für Zerreißung der Tributdiktate

In der „Humanité“ schreibt Genosse Péri über die ersten Tage der Konferenz von Lausanne unter anderem:

„Von Papen und die Barone seiner Umgebung sind die Verbündeten Hitlers. Sie stellen sich gern als Vorkämpfer für die „Befreiung des deutschen Volkes“ hin. Der Reichskanzler hat gestern morgen gezeigt, was diese Deklamationen wert sind. Er hat den Siegern wärmstens gedankt, er hat ihnen seine Dankbarkeit ausgesprochen, er hat sich dem Text der Verbündeten angeschlossen, d. h. einem Text, der die organisierte Knechtschaft des deutschen Volkes verlängert.

Was sind nach all dem die Jeremiaden und die SOS.-Rufe wert, mit denen v. Papen seine Rede, seine Philippika gegen die Goldraffer, seine Beschreibung des Elends Deutschlands, seine begeisterte Lobpreisung der Hungernotverordnung ausschmückte? Was ist seine scharfe Kritik wert, daß die Reparationen nicht

Die „Erbfeinde“ in trauter Freundschaft

Reichskanzler von Papen reicht dem französischen Ministerpräsidenten Herriot Feuer, links der französische Finanzminister Martin.

Mittel des Aufbaus, sondern Mittel der Vernichtung seien? Was ist seine Aufforderung dazu wert, endgültig aus dem fehlerhaften Zirkel herauszukommen, der der Vergangenheit sein Gepräge gegeben habe?

Aus all dem geht nur die eine Tatsache hervor, daß sich Deutschland der Proklamation der Sieger angeschlossen hat.

Was ist die Sprache, in der die Delegierten Frankreichs gegen die Annullierung der Reparationen aufgetreten sind? Sie haben gesagt: Die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands stellt kein ausreichendes Wertungselement dar. Man muß eine Wiederbelebung Deutschlands voraussehen (!) und die Möglichkeit ins Auge fassen, daß Deutschland, von den Reparationen entlastet, zu einem gefährlichen Konkurrenten werde.

Aus dieser Schlußfolgerung, die stets jene Tardieus gewesen ist, hat Herriot kein einziges Komma zurückgezogen. Um seine Beweisführung zu stützen, hat er alle Behauptungen wiederaufgenommen, mit denen Herr Laval und sein Nachfolger uns beschenkt haben, als sie an der Macht waren: Wenn man die Reparationen abschaffen würde, könnte die Reichsbahn Tarifherabsetzungen zum größten Schaden der Konkurrenten gewähren; die Abschaffung der Reparationen würde der Mehrzahl der Vasallen Frankreichs Schaden bringen und nichts lösen. Das beste wäre es, damit aufzuhören, den Reparationen die Schuld beizumessen und sich an den Wiederaufbau der Wirtschaft Europas heranzumachen.

Aber man weiß, was diese Aufbaupläne Frankreichs, der Plan Francois Poncets oder der Donauplan, wert sind! Sie sind im Geiste ihrer Initiatoren nur Maschinen zur Festigung der Hegemonie Frankreichs und zur Zusammenkittung der sowjetfeindlichen Koalitionen gewesen.

Herr Blum hatte es angekündigt, daß seit dem 8. Mai „alles anders geworden sei.“ Möge er sich an die Lektüre der Lausanner Dokumente begeben. Das Frankreich der Regierung der Radikalen spricht dort wie das Frankreich Tardieus.

Der französische Imperialismus besteht fort! Er besteht fort und baut die Front gegen den ersten proletarischen Staat aus. Die Manöver, die auf eine Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands gegen die Sowjetunion hinzielen, sind in den letzten Tagen beträchtlich ausgebaut worden. Vorgestern haben zur gleichen Stunde von Papen seinem französischen Partner ein Militärbündnis zwischen Frankreich und Deutschland vorgeschlagen und von Schleicher im gleichen Sinne in einem Interview der Agentur „Radio“ gesprochen.

Fassen wir diesen Tag zusammen, der in der Geschichte der Nachkriegszeit ein bedeutsames Datum darstellt und dessen Chronik wir zu berichten versucht haben:

Die Ausplünderung des deutschen Volkes geht weiter, und das Almosen des Moratoriums wird das unsagbare Elend der werktätigen Massen Deutschlands nicht lindern. Das Frankreich Herriots bleibt der Tributpolitik zugetan und macht sich zum Vorkämpfer der Zusammenarbeit mit Hitler gegen die Sowjetunion.

Alle diese Erwägungen müssen den sozialistischen Proletariern zur Ueberprüfung vorgelegt werden und müssen uns bei der Organisierung unseres mit den Arbeitern Deutschlands gemeinsamen Kampfes zur revolutionären Vernichtung der Verträge von 1919 und der darauf folgenden Abkommen, zur Abschaffung der Reparationen und der Schulden, zur Verteidigung der Sowjetunion vorwärtstreiben.

Polen reorganisiert Rumäniens Heer für den Antisowjetkrieg

TU. Warschau, 21. Juni. Wie ein Krakauer Regierungsblatt meldet, soll demnächst eine ständige polnische Militärmission nach Bukarest entsandt werden. Ihre Aufgabe werde sein, die Ausbildung und Organisation des rumänischen Heeres den in der polnischen Armee gebrauchten Methoden anzupassen. An der Spitze der neuen ständigen polnischen Mission in Bukarest werde voraussichtlich einer der Warschauer Armeeinspekteure stehen.

Aufstandsbewegung gegen Ibanezdiktatur

Revolutionärer Generalstreik und Straßenkampf in Chile unter kommunistischen Losungen

Neuyork, 21. Juni. Trotz der strengen Zensur kommen Meldungen aus Chile, daß die gewaltige Massenstreikbewegung der Industrie- und Landarbeiter gegen die neue Militärdiktatur noch im Ansteigen ist. Auch alle lebenswichtigen Betriebe wurden stillgelegt. Bei den Versuchen regierungstreuer Truppen, den Verkehr und die Versorgungsbetriebe in Gang zu setzen, kommt es immer wieder zu schweren Zusammenstößen mit den Streikenden.

In der Hauptstadt Santiago de Chile und in Valparaiso toben seit zwei Tagen Straßenkämpfe. Die Arbeiter kämpfen unter kommunistischer Führung und kommunistischen Losungen gegen die Wiederkehr der Diktatur Ibanez. In Santiago wurde das am Rande der Stadt gelegene Waffenarsenal von den Arbeitern gestürmt. Der Regierungspalast wird durch Panzerwagen bewacht. Die Straßenkämpfe forderten in Santiago 25 und in Valparaiso 20 Todesopfer und Hunderte von Verletzten.

Die amerikanische und englische Regierung haben ihre Botschafter in Chile ersucht, besondere Maßnahmen zum Schutz des ausländischen Kapitals gegen einen kommunistischen Aufstand zu treffen. Ein britisches Schlachtschiff kreuzt bereits vor Santiago.

Die Stadt- und Landarbeiter von Chile, die so furchtbar verelendet sind, daß 80 Prozent von ihnen ohne Schuhe herumlaufen und die meisten ihre Kinder zum Betteln auf die Straße schicken müssen, haben sich gegen die Ausbeuterherrschaft der in- und ausländischen Kapitalisten erhoben. Die gewaltigste Massenstreikbewegung, die zu größeren bewaffneten Straßenkämpfen führt, bedroht unmittelbar den Bestand der kapitalistischen Herrschaft. Die starke Truppenmacht von 45 000 Mann war in einer vollen Woche nicht imstande, den revolutionären Widerstand zu brechen, weil in fast jedem Truppenteil eine kommunistische Zelle besteht und Teile der Armee und Flotte auf die Seite der unter Sowjetlosungen kämpfenden Arbeiter übergegangen sind.

Die chilenischen Arbeiter verteidigen nicht nur ihre Kommunistische Partei und die Roten Gewerkschaften, die unter der ersten Ibanez-Diktatur in die Illegalität gedrängt waren und denen ein neues Verbot droht, sie kämpfen unmittelbar für den Sturz der in- und ausländischen Kapitalsherrschaft, sie kämpfen um die Macht. Ihre Losung heißt: Revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern. Das Vorbild des Sowjetstaates begeistert sie. Die Sympathien der Arbeiterschaft aller Länder fliegen ihnen zu.

Chile erklärt Moratorium

TU. Santiago de Chile, 21. Juni. Die Regierung hat ein Moratorium erklärt. Wenn die Schuldenzahlungen gesichert sind, sollen in den ersten beiden Vierteljahren je 5 v. H. und in dem folgenden Vierteljahr 10 v. H., andernfalls sollen je Vierteljahr 20 v. H. gezahlt werden.

Schreckensurteil gegen ZK. der KP. Bulgariens

Je 12½ Jahre schweren Kerkers für die Führer der kommunistischen Freiheitbewegung

Wien, 21. Juni. Aus Sofia erfahren wir: Am Sonnabend wurde das Urteil gegen das ZK. der Kommunistischen Partei Bulgariens und den Kommunistischen Jugendverband in Abwesenheit sämtlicher Angeklagten und Verteidiger, die am ersten Tage der Verhandlung ins Gefängnis geprügelt wurden, gefällt.

Es wurden verurteilt die Hauptangeklagten Genossen Rajscho Janeff, Boris Koptscheff, Teodor Matanoff, Blagoi Popoff, Pelo Pelowski und P. Stantscheff zu je 12½ Jahren schweren Kerkers, je 270 000 Lewa Geldstrafe und 15 Jahren Entzug der bürgerlichen und politischen Rechte. Die Genossin Kunka Apostolowa und die Genossen Georgi Ganeff und Nikolaus Pawloff zu je 7½ Jahren schweren Kerkers und 125 000 Lewa Geldstrafe und Entziehung der bürgerlichen und politischen Rechte für zehn Jahre. Noch drei Genossen wurden zu je 4½ Jahren schweren Kerker, 90 000 Lewa Geldstrafe und Entziehung der bürgerlichen und politischen Rechte auf zehn Jahre verurteilt.

Der Staatsanwalt drückte seine Zufriedenheit mit diesem Urteil aus.

Die Weltarbeiterschaft erhebt flammenden Protest gegen die Bluturteile!

Dieses Schandurteil entlarvt am besten die Klassenjustiz der demokratisch-agrarfaschistischen Regierung Muschanoff-Gitscheff. Zum ersten Male wurden revolutionäre Arbeiter in ihrer Abwesenheit, ohne daß sie auf die Beschuldigungen des Gerichts geantwortet haben, verurteilt. 111 Jahre schweren Kerkers für die Führer der kommunistischen Bewegung sollen den revolutionären Widerstand der Arbeiter- und Bauernmassen brechen.

Doch die Vertreter des verfallenden Regimes täuschen sich! Ihr Wüten gegen die revolutionären Kader hat nur den Erfolg einer tieferen Revolutionierung breiter Massen.

Todesurteile gegen kommunistische Offiziere

Belgrad, 21. Juni. Das Kriegsgericht in Marburg hat im Prozeß gegen die kommunistischen Offiziere folgendes Schreckensurteil gefällt: Oberleutnant Atatnaskowitsch und Oberleutnant Altaler werden zum Tode durch Erschießen verurteilt, Major Dschokitsch zu 15 Jahren Zuchthaus, drei Leutnants und ein Unteroffizier zu je zehn Jahren Zuchthaus. Die Todesurteile sollen nach Bestätigung durch das Oberste Militärgericht sofort vollstreckt werden.

Das „Verbrechen“ der jungen Offiziere bestand darin, daß sie gleich Millionen werktätiger Arbeiter und Bauern im Kommunismus den Ausweg aus den jetzigen grauenhaften Zuständen sahen, Verbindung mit den Arbeiterorganisationen hielten und unter ihren Kameraden für den Kommunismus warben. Die Nachricht vom Schreckensurteil gegen die Revolutionäre im Waffenrock durcheilt Marburg und ganz Jugoslawien wie ein Lauffeuer. Im Namen der verurteilten roten Offiziere steigern die Arbeiter und Bauern Südslawiens ihre Aktionen gegen die zusammenkrachende faschistische Diktatur.

Mandschurische Partisanen gegen die japanischen Räuber

Peking, 21. Juni. Aus Tsitsikar wird der weitere Vormarsch der japanischen Truppen in der Richtung zum Amur, dem Grenzfluß zwischen der Mandschurei und der Sowjetunion gemeldet. In den nächsten Tagen wird die Besetzung von Sachaljan (an der sowjetrussischen Grenze gegenüber Blagoweschtschensk) durch größere japanische Truppenteile erwartet. In Tsitsikar sind weitere japanische Kavallerietruppen unter dem Kommando von Josioka eingetroffen.

Der Vormarsch der Japaner in der Mandschurei wird immer stärker durch revolutionäre Partisanentrupps gehemmt, die das Land gegen die räuberischen Imperialisten verteidigen. Sie finden bei der gesamten Bevölkerung volle Unterstützung.

Die Schanghaier Zeitung „Min Pao“ berichtet in einem Brief aus Charbin über außerordentliche Erstarkung der japanfeindlichen Bauernbewegung in der ganzen Mandschurei. Die Bewegung nimmt die Form von Organisationen der „Roten Piken“ und „Großen Schwerter“ an. Die Bauern, die infolge der japanischen Invasion ihre Felder nicht mehr bestellen können, bewaffnen sich mit langen Messern, Knüppeln und Stangen, überfallen die japanischen und mandschurischen Truppen und unterstützen aktiv die chinesischen Freischärler.

Die Zeitung schätzt die gesamte Zahl der Partisanen in der Mandschurei auf 200 000 und teilt mit, daß sie sich in letzter Zeit zu einer „Bauernarmee des nationalen Schutzes“ organisiere.

Längs der Eisenbahnlinie Kirin-Heilungtschin und Mukden-Heilungtsang, im Gebiete Tunhua, und am Fluß Jalukiang und längs der Eisenbahnlinie Kirin-Hoyöng fanden Kämpfe der Partisanen mit japanischen Truppen statt.

40 Kilometer von Tschangtschung erschien ein Trupp Aufständischer, der unter den Losungen: „Nehmt das Getreide der Reichen und verteilt es unter die Armen!“, „Legt den Reichen schwere Steuern auf!“ vorgeht.

Zeiß-Ikon-Arbeiter fordern Demonstrationsfreiheit

Belegschaftsversammlung wählt antifaschistischen Einheitsausschuß — Ein Beispiel für alle Betriebe

In einer ausgezeichnet besuchten Belegschaftsversammlung von Zeiß-Ikon-Goertz-Werk, an der 320 Betriebskollegen teilnahmen, erstattete ein Rußlanddelegierter Bericht über den sozialistischen Aufbau. Nach einer lebhaften und zustimmenden Diskussion, in der vor allem über die Frage des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus gesprochen wurde, wählten die anwesenden Arbeiter einen Einheitsausschuß mit einem SPD.-, drei KPD.- und drei parteilosen Arbeitern. Außerdem nahm die Belegschaftsversammlung eine Entschließung zu den Aufrufen der Kommunistischen Partei und des ADGB. an, in der es heißt:

„Der Kampf der Arbeiter gegen Faschismus und Notverordnungsdiktatur kann nicht mit leeren Worten, wie es im Aufruf des ADGB. geschieht, sondern nur durch die Kampfmobilisierung aller Proletarier geführt werden. Inhaltslose zu nichts verpflichtende Worte in einer Zeit des verschärften Angriffes der Bourgeoisie auf alle Rechte der Arbeiter bedeuten eine Entwaffnung des Proletariats.

Wir begrüßen darum die Forderungen des ZK. der KPD., die eine Grundlage zum einheitlichen Kampf werden müssen.

Für Donnerstag fordern wir die Freigabe der Straße für die antifaschistische Arbeiterschaft zum einheitlichen Aufmarsch.

Um auch in unserem Betrieb den Kampf gegen Lohnraub und Faschismus auf einer höheren Grundlage führen zu können, schaffen wir uns ein Einheitskomitee der Antifaschistischen Aktion und fordern von den übrigen Betrieben das gleiche.“

Mit dem Gesang der Internationale wurde die von starkem Kampfgeist erfüllte Versammlung geschlossen.

„Einheit des Volkes"

Einheit mit dem Kapital oder Einheit gegen das Kapital? — Zum Aufruf der Gewerkschaftsführer

Die Gewerkschaftsführer aller Richtungen wenden sich in einem Aufruf gegen die Abbaumaßnahmen und neuen Steuern der Papenregierung.

1½ Milliarden Mark nimmt die erste Notverordnung der Raztoarone dem werktätigen Volk. Die Versicherungseinrichtungen werden zerschlagen, die Arbeitslosenversicherung praktisch beseitigt. Was wollen die Gewerkschaftsführer dagegen tun? Sie weisen den Angriff des Herrn von Papen „mit Entschiedenheit zurück", sie verlangen „eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten", sie appellieren an alle Kräfte, „denen die Einheit des Volkes am Herzen liegt". Sie weisen zurück, sie verlangen, sie appellieren — das ist alles, was sie gegen die Notverordnung unternehmen.

Man bedenke, was für eine gewaltige Kraft die 6 bis 7 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten verkörpern. In diesen Millionen schaffenden Händen liegt das Schicksal des ganzen Landes. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will." Das ist keine Phrase, sondern eine klare und eindeutige Tatsache. Diese Millionen, auf die noch viele weitere Millionen hören, haben es wahrlich nicht nötig, sich alles gefallen zu lassen von einer Regierung, einer ausgesprochenen Interessenvertretung der hunderttausend deutschen Großagrarier und einiger hunderttausend Bank- und Industriekapitalisten.

Da kommen Gewerkschaftsführer, die behaupten, im Namen der organisierten Arbeiter und Angestellten zu sprechen, und schlagen keine einzige Kampfmaßnahme gegen einen beispiellosen Angriff auf das Leben und die Gesundheit der proletarischen Massen vor. Sie begnügen sich mit allgemein gehaltenen Protesterklärungen.

Vor zwei Monaten, am 26. April, hat die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in einem Aufruf an alle Arbeiter und Angestellten geschrieben:

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen."

Die Gewerkschaftsführer aller Richtungen haben sich über dieses Angebot zum Kampf ausgeschwiegen. Jetzt kommt ein Aufruf, in dem die Gewerkschaftsführer vom „Geist wahrer Volksgemeinschaft", von „Einheit des Volkes", aber nichts vom Kampf für die Lebensinteressen der Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger sprechen.

„Einheit des Volkes" gegen die Papenregierung, das schreiben Leipart vom ADGB. und Hans Bechly vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Hans Bechly steht an der Spitze der größten christlichen Gewerkschaft, die mehr als ein Viertel aller christlich organisierten Arbeiter und Angestellten erfaßt, des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes, einer Gewerkschaft, in der Nazireichstagsabgeordnete leitende Posten bekleiden. Leipart macht Einheitsfront mit Hans Bechly, dem Vorsitzenden einer Gewerkschaft, die im eigentlichen Sinne des Wortes gar keine Gewerkschaft ist, die unter den organisierten Arbeitern und Angestellten die Gewerkschaft des „Dritten Reiches" genannt wird. Mit kommunistischen und revolutionären Arbeitern will die Führung der freien Gewerkschaften keine Einheitsfront.

Einheit — mit wem? Mit Hans Bechly und Kloeckner, oder mit den kommunistischen Arbeitern — das soll sich jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter fragen. Einheitsfront — wofür? Um den „Geist wahrer Volksgemeinschaft" zu züchten, oder um den revolutionären Klassenkampf gegen Lohnabbau, gegen den Raub der letzten Arbeiterrechte und gegen Faschismus zu führen?

In Betrieb und Gewerkschaft wächst der Wille zum Kampf — der Wille zur Abwehr, der Wille zum Angriff. Es ist die höchste Zeit, daß dieser Wille zur Tat gesteigert wird. Es muß die gemeinsame Sprache gefunden werden, die Wand zwischen Arbeiter und Arbeiter muß durchbrochen werden, der Wille zu gemeinsamen Aktionen gegen den Klassenfeind muß zur Tat werden. Das ist die Schicksalsfrage der deutschen Arbeiterklasse.

Severing-Justiz!

5 Mark Geldstrafe für SA.-Munitionslager

Breslau, 21. Juni. Vom Schöffengericht in Reichenbach erhielt der SA.-Mann Hanauski eine Geldstrafe von fünf Mark, weil bei der Schließung des SA.-Heims in Reichenbach in seinem Strohsack 72 Stück Pistolenmunition, 21 Stück Revolvermunition, zahlreiche Patronenhülsen und ein Gummiknüppel gefunden worden war. Als Ausrede gab der SA.-Mordbandit an, er wollte sich aus der Munition — einen Bilderrahmen machen lassen! Selbstverständlich glaubte das Gericht in Severing-Preußen dem SA.-Mann.

Nazi-Hierl Reichsleiter für Arbeitsdienstpflicht

Nazi-Zuchthausgesetz in Vorbereitung — Hitler-Partei offener Teilhaber der Papen-Regierung

Die bürgerliche Presse meldet gestern, daß der berüchtigte und verhaßte Nazioberst Hierl von der Papenregierung als Reichskommissar für Arbeitsdienstpflicht angestellt werden soll. Die Papenregierung dementiert diese Meldung, aber nur so weit ein Posten des Reichskommissars in Betracht kommt. Daß der Naziführer Hierl von der Reichsregierung zur Organisierung der Zwangsarbeit angestellt werden soll, wird nicht widerrufen.

Am Montagabend hat der Hierl auch bereits in der sogenannten Regierungs-Rundfunkstunde über Zwangsarbeit gesprochen. Diese Rundfunkrede war eine unverschämte und niederträchtige Kampfansage an die deutschen Arbeiter, eine gemeine Verhöhnung des Erwerbslosenelends. Die Armee der Arbeitsdienstpflicht soll nach kaiserlichem Kasernenhof-Muster aufgezogen werden. Auf die „Frauendienstpflicht" will der Nazioberst großmütig „vorläufig verzichten".

Die Hauptsache ist für diesen alten Soldatenschinder selbstverständlich die „straffe Manneszucht". Genau wie beim kaiserlichen Militär ist darum in dem Gesetzentwurf der Nazis zur Zwangsarbeit ein Paragraph enthalten, in dem es heißt:

„Wer einen Arbeitsdienstpflichtigen aufreizt, der Einberufung (!) zum Arbeitsdienst nicht Folge zu leisten, oder wer einen Angehörigen des Arbeitsdienstes aufreizt, eine Widersetzlichkeit, Gehorsamsverweigerung, Meuterei (!), Werkschädigung oder Sabotage zu begehen, wird mit Zuchthaus bestraft."

Die Nazis, die eine immer frechere Propaganda für die Arbeitsdienstpflicht machen, wollen damit die werktätigen Massen erneut unter die Militärfuchtel zwingen. Die alten Feldwebel- und Leuteschinder, das abgetakelte und arbeitslose kaiserliche Offizierkorps — sie alle wollen die alte „Soldatenherrlichkeit" wieder aufleben lassen. Am Anfang steht der militärische Schliff im Arbeitsdienstlager, am Ende der „Heldentod" für den kapitalistischen Profit. Wenn der Nazioberst Hierl von der Papenregierung angestellt wird, dann hat auch das Zuchthausgesetz der Nazis alle Aussicht, bald verwirklicht zu werden.

Die bevorstehende Anstellung des Nazi-Hierl zur Organisierung der Zwangsarbeitsarmee enthüllt wiederum die enge Verbindung zwischen Hitler und der Papenregierung. Die Nazis sind stille Koalitionsbrüder der Papenschen Notverordnungsdiktatur, sie stellen sich willig in den Dienst der Schlotbarone und Krautjunker zur Niederknebelung der Arbeiterklasse. Aber wenn die deutschen Arbeiter sich in der Antifaschistischen Aktion zum gemeinsamen Kampf einigen, wird dies faschistische Joch rasch abgeschüttelt sein.

SA. stürmt Arbeiterhaus mit Revolvern und Tränengas

Hamburg, 21. Juni. Aus Brunsbüttelkoog wird gemeldet, daß anläßlich einer Nazikundgebung in Averlak die Hakenkreuzler mit Steinen, Schlagringen, Revolvern und Tränengas ein Arbeiterhaus stürmten. Das ganze Haus bot nach Beendigung des Kampfes, nachdem zwei SA.-Leute und ein Arbeiter verletzt wurden, ein wüstes Bild der Zerstörung.

Wieder ein Arbeiter ermordet

Duisburg, 21. Juni (Eig. Ber.). Hier wurde am vergangenen Freitag der parteilose Arbeiter Bischof aus Duisburg-Neuendorf von uniformierten SA.-Leuten niedergestochen. Jetzt ist Bischof, der Familienvater und Wohlfahrtsempfänger war, im Krankenhaus seinen furchtbaren Verletzungen erlegen. Die Kommunistische Partei hat die Arbeiterschaft zur Abwehr der Mörderbanden aufgerufen.

Düsseldorf, 21. Juni (Eig. Drahtber.). In Erkrath bei Düsseldorf entwickelten sich gestern abend schwere Zusammenstöße. Rund um die SA.-Kaserne hatten die Hakenkreuzler regelrechte Straßenwachen organisiert, die alle Passanten belästigten und vorüberkommende Arbeiter mit Revolvern bedrohten. Bei der Schießerei, die sich entwickelte, wurde ein SA.-Mann getötet, ein zweiter schwer verletzt. Die herbeigerufene Düsseldorfer Polizei verhaftete nicht die Provokateure, sondern viele Arbeiter, die von den Nazis des Waffenbesitzes beschuldigt waren, ohne daß bei ihnen welche gefunden wurden.

Mordwaffen in den SA.-Lokalen

WTB. **Altona**, 21. Juni. In der Lohmühlenstraße kam es zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu Zusammenstößen, wobei aus einer Pistole mehrere Schüsse abgegeben wurden. Bei einer Durchsuchung des nationalsozialistischen Verkehrslokals am Lornsenplatz wurden eine Pistole, 25 Schuß Munition, ein Gewehrschloß, ein Totschläger, ein Dolch und ein großes Messer gefunden, deren Besitzer jedoch nicht ermittelt werden konnten.

★

Ganz im Stil der Hitler-Presse teilt das Presseamt des Dresdener Polizeipräsidiums mit, daß „die kommunistische Hetze auch in Dresden immer schärfere, skrupellosere Formen annimmt. Fast über alles, was sich zuträgt, berichtet die kommunistische „Arbeiterstimme" in völlig entstellter Weise ... Das Polizeipräsidium warnt eindringlich ..."

Zu den Provokationen der Hitler-Armee, der selbst die „Germania" Verantwortung und Schuld für die blutigen Zusammenstöße der letzten Tage zuspricht, hat das Polizeipräsidium natürlich nichts zu sagen. Sein Kommuniqué gehört auch mit zu den Verbotsvorbereitungen gegen die Kommunistische Partei.

★

Aus Chemnitz, Halle und Oppeln (OS.) kommen Meldungen über blutige Auseinandersetzungen, bei denen fast durchweg die Nazis den Kürzeren zogen.

Antifaschistische Aktion!

Heute melden die Bezirke:

Hamborn. Gemeinsame Tagung der Kommunistischen Jugend, der SAJ., des SJV. und der christlichen Arbeiter- und Bauernjugend gründet antifaschistische Jugendschutzstaffel.

Essen. In Kettwig schlugen Nazis sozialdemokratische Jungarbeiter nieder. Kommunistische und sozialdemokratische Jungarbeiter führten daraufhin gemeinsame Demonstrationen durch.

Chemnitz. Belegschaft des Elektrizitätswerkes bildet Einheitsausschuß aus Arbeitern aller Richtungen.

Zwickau. Bei riesiger Massendemonstration marschieren über 1000 Angehörige der proletarischen Wehrorganisationen uniformiert auf.

Luckenwalde. In einer Massenversammlung wird Einheitsausschuß aus 40 Arbeitern und Arbeiterinnen aller Richtungen gewählt. 150 Arbeiter tragen sich in die Listen der Straßenschutzstaffeln gegen den Faschismus ein.

Hamburg. Belegschaft Fuchs in Stellingen begrüßt in einer Entschließung den Aufruf der RGO. zum gemeinsamen Kampf mit allen Arbeitern und Organisationen.

Wie Seydewitz sich ein Mandat erschieben möchte

Die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung", das Organ der Seydewitz-Partei, die an der galoppierenden Schwindsucht leidet, macht für gemeinsame Reichsliste der SPD., SAP. und KPD. Propaganda, mit der Begründung, daß keine Arbeiterstimme verloren gehen sollte. Wir sind in der glücklichen Lage, dem Seydewitz-Blättchen mitteilen zu können, daß auch ohne gemeinsame Reichsliste keine Arbeiterstimme verloren geht, weil z. B. alle Reststimmen der KPD. in den einzelnen Bezirken automatisch auf der Reichsliste zur Verrechnung gelangen.

Wenn die SAP. sich trotzdem mit so verdächtiger Wärme für gemeinsame Reichslisten einsetzt, so ist es an der Zeit, endlich mal den wahren Grund dafür zu nennen, den die „SAZ." sorgsam verschweigt: die Splitterparteiler Rosenfeld und Seydewitz haben Angst, nein, sie haben sogar die Gewißheit, nicht einen einzigen Kandidaten bei der Reichstagswahl durchzubringen. So möchten sie sich auf der gemeinsamen Reichsliste die Mandate erschieben, die die Arbeitermassen ihnen nicht geben wollen. Eine Spekulation, aber eine Fehlspekulation.

Darmstadt, 21. Juni. Vom Bezirksschöffengericht wurden heute neun Erwerbslose, der kommunistische Landtagsabgeordnete Hamann und der kommunistische Beigeordnete Bitsch von Mörfelden zu insgesamt 79 Monaten Gefängnis verurteilt. Genosse Hamann erhielt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Die Anklage wurde erhoben wegen der Erwerbslosenkämpfe in Mörfelden, die entstanden waren, weil die Wohlfahrtserwerbslosen ihre ihnen zustehende Unterstützung nicht ausgezahlt erhielten.

Glosse vom Tage

Hitler-Profitler

„Solche Betriebe, die als riesige Trusts nur mehr von einem Beamtenapparat betrieben werden, sind im Grunde erstarrt und sollen nur noch der Profitgier des Leihkapitals dienen."

(Gottfried Feder im „Programm der NSDAP.".)

Herr von Papen hat plötzlich sein weiches Herz für die Armen entdeckt. In seiner Regierungserklärung hat er zwar gesagt, daß dieser Staat keine Wohlfahrtseinrichtung sei, aber jetzt haben ihm seine harten Worte bitter leid getan. Zum Beweise dafür hat er dem Stahltrust 100 Millionen Mark geschenkt.

Die Aktionäre freuen sich.

Am meisten Herr Fritz Thyssen, der Hauptaktionär des Stahltrusts.

Wer ist Thyssen?

Thyssen ist ein armer (Dividenden-) Schlucker. Thyssen ist der Freund Adolf Hitlers.

Als Hitler seinerzeit vor den rheinischen Industriellen in Düsseldorf sein Rettungsprogramm für das kapitalistische System entwickelt hatte, sagte Thyssen, daß er und seine Freunde die Ausführungen Hitlers glatt unterschreiben könnten. Dann hob er den Arm zum Heilgruß und drückte Hitler die Hand.

In der Folgezeit hat er Hitler noch öfter die Hand gedrückt — meistens hat es dabei ganz verdächtig geknistert.

Thyssen hat sich seine Freundschaft mit Hitler manchen Scheck kosten lassen.

Das Hakenkreuz auf Thyssens Brust hat sich bezahlt gemacht: die Wohlfahrtsunterstützung des Herrn von Papen für den Stahltrust bedeutet eine ganz nette Verzinsung der von Thyssen für die Hitler-Bewegung gespendeten Gelder.

Nun wird Hitler natürlich sagen, daß er mit Herrn von Papen nur seelisch, aber nicht geschäftlich verbunden sei.

Sachte, Jungeken!

Ist es nicht so, daß in der NSDAP. die Kritik der Papen-Regierung verboten ist?

Hat euch nicht Herr von Papen zur Belohnung für eure System-Treue das Notverordnungsjäckchen übergezogen?

Na — und da Thyssen Pg. und Hitlers Freund ist, werdet ihr ihm doch auch die paar Millionen Unterstützung gönnen?

Richtig: der einfache SA.-Mann, der arbeitsdienstpflichtige System-Athlet, der Nachtwächter der Truste und Banken, hat keinen Vorteil von der Thyssen-Sanierung, er kriegt keinen Fatz von der Hundertmillionenspende. Nicht mal einen Papenstiel.

Dafür darf er brav Disziplin üben und das System Brüning-Papen-Hitler bewachen, wie ein Hund an der Kette —

an der Kette der Notverordnung.

Das Hakenkreuz an Thyssens Brust hat sich bezahlt gemacht. Und bevor die Saat des „Dritten Reiches" aufgehen wird, muß der Naziproletmit Entsetzen feststellen, daß die gesamte Ernte schon bis auf den letzten Halm verkauft ist —

verkauft an die Profhitler des kapitalistischen Systems, denen er den Stiefel leckt, mit dem sie ihm nachher in den A—rm treten werden.

Sling

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Hendrich, Berlin; für Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Gustav Bode, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH., Berlin, Kleine Alexanderstraße 28. Fernruf: Sammelnummer C 1, Berolina 5451

Zigarren und Zigaretten mit Mordgeruch

Marloh, der Mörder der 30 Matrosen, wirbt für Zigarren und Zigaretten
Nazi-Kube empfiehlt ihn

In unsere Hände ist ein Werbebrief des seinerzeitigen weißgardistischen Offiziers Mahrloh gelangt, der am 11. März 1919 unter dem Kommando Noskes 30 revolutionäre Matrosen in der Französischen Straße in Berlin erschießen ließ. Der Mann, der eine solche Vergangenheit als Arbeitermörder hat, befindet sich heute selbstverständlich in den Reihen Hitlers, weil er weiß, daß diese Partei seine Tradition fortsetzt, und rühmt sich seiner Taten. Ja, er verlangt, daß jeder Patriot auf Grund dieser seiner Taten nur bei ihm Zigarren und Zigaretten kaufen soll. Wir geben hier den Brief wörtlich wieder:

Otto Marloh
Altona-Gr. Flottbeck
Menzelstr. 12
D 9 3200

„Sehr geehrter Herr Parteigenosse!

Auf Veranlassung von Herrn Pg Kube, M. d. L., bitte ich Sie, mein Kunde zu werden.

Mein Name wird Ihnen noch [illegible] sein durch den Marloh-Prozeß 1919 wegen Erschießung der 30 Liebknecht-Matrosen, die ich als Freikorpskämpfer auf Befehl der Regierung bzw. meiner Vorgesetzten in der klaren Erkenntnis angeordnet hatte, daß ein Aufstieg Deutschlands nur nach Vernichtung des Bolschewismus möglich sei. Vier Monate schwere Untersuchungshaft, drei Monate Festung und 10 000 Mark und mehr Verlust durch die Prozeßkosten waren für mich das Ergebnis meines Einsatzes für Deutschlands Aufstieg.

Nach dem Kapp-Putsch wurde ich verabschiedet. Als Polizeioffizier auf Betreiben des Innenministers Heine entlassen. Die Hetze der Marxisten gegen mich, wie Streikhetze usw., machten es mir unmöglich, in der Industrie unterzukommen. Ich ging dann zu einer Bank, arbeitete mich zum Bankvorsteher hoch, um 1924 wieder abgebaut zu werden.

Seitdem habe ich meinen Zigarren- und Zigarettengroßhandel, um für Frau und fünf Kinder den Lebensunterhalt zu finden. Das Geschäft entwickelte sich bei Fleiß und Ausdauer gut, da weite Kreise sich veranlaßt sahen, von mir zu beziehen. So sind z. B. die Stülckenwerft, Blohm & Voß, Siemens-Schuckertwerke und viele nationale Männer nicht nur meinetwegen, sondern auch der billigen und guten Sachen wegen meine Kunden.

Meine schweren Kriegsschäden (etwa 80 Prozent erwerbsunfähig), Verlust des rechten Unterarms und schweren Kopfschuß, durch den ich an epileptischen Anfällen leide, behindern mich in der Ausübung meines Geschäftes stark.

Mit deutschem Gruß und Hitler Heil!
gez. Marloh."

Dieser Brief spricht für sich und bedarf keines Kommentars. Der Naziführer Kube unterstützt ihn und weiß warum. Denn was Marloh damals unter dem Kommando des Sozialdemokraten Noske tat, das setzen die Nazis heute in großem Maßstabe fort. Gerade daran, daß Nazi-Kube Marloh empfiehlt, kann jeder Arbeiter erkennen, wer die Nazipartei ist.

Mord an einer 16jährigen

Bellahn, 21. Juni. In einem kleinen Anwesen bei Bellahn in der Nähe von Boitzenburg wurde gestern ein Kapitalverbrechen, ein bestialischer Mord an der sechszehnjährigen Hilde Möller, entdeckt. Die Kriminalpolizei und der Oberstaatsanwalt aus Schwerin befinden sich zur Zeit noch am Tatort.

Von einer kleinen Geschäftsreise zurückgekehrt, fand gestern das Ehepaar Möller ihre Tochter mit einem Beil erschlagen im Garten unter einem Gebüsch auf. Das Mädchen hielt sich den ganzen Tag allein im Hause auf, da es während der Abwesenheit der Eltern die Wohnung hüten mußte. Gegen halb sechs Uhr hatten Nachbarn beobachtet, daß ein Landstreicher an der Gartentür des Hauses mehrere Male klingelte, ohne daß ihm von der Hilde Möller geöffnet worden war. In der Annahme, das Haus sei unbewacht, war er wohl eingebrochen und in das Haus eingedrungen.

Bootsunglück in Ostpreußen

Auf der Mitte des Rheinersees in Ostpreußen kenterte ein Motorboot mit sechs Insassen aus Rhein auf der Heimfahrt von einem Ausflug. Der Besitzer des Bootes, der Justizobersekretär Waschlanka, der Kaufmann Podbielski und eine Gutsbesitzerstochter ertranken. Die übrigen Fahrgäste, die sich an das Boot klammerten, konnten gerettet werden.

Großer Einbruchsdiebstahl in Erfurt

TU. **Erfurt**, 21. Juni. In der Nacht zum Dienstag warfen unbekannte Täter die Schaufensterscheibe eines Erfurter Juweliergeschäfts ein und entwendeten aus den Auslagen eine große Anzahl von Gegenständen, darunter allein über 100 goldene Ringe mit wertvollen Steinen und Perlen. Auch die Schaufensterständer nahmen sie mit. Der Juwelier, der nicht versichert ist und durch den Einbruch einen großen Schaden erlitt, hat für die Ergreifung der Täter und die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes eine Belohnung ausgesetzt. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, muß sich der eine Täter bei dem Raub an der linken Hand eine Verletzung zugezogen haben.

Schwere Bluttat

Zwei Tote

Marl, 21. Juni. Auf der Diele seines Hauses fand ein Landwirt aus Marl seine vierzehnjährige Tochter Maria tot auf. Das Mädchen war durch einen Schuß in die Schläfe getötet worden.

Wenige Schritte entfernt lag gleichfalls tot der 23jährige Dienstknecht Newy. Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, daß Newy das Mädchen und dann sich selbst getötet hat. Aus einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß die Tat auf Liebeskummer zurückzuführen ist. Dem Täter war vor einem halben Jahr die Stellung gekündigt worden, der Hofbesitzer hatte ihn jedoch aus Mitleid behalten.

Todessturz in den Bergen

Drei Touristen aus Linz a. D. stürzten am Erlakogel am Traunsee 400 Meter ab. Die Abgestürzten waren sämtlich auf der Stelle tot.

Das Aufbauwerk im Ural in bürgerlicher Beleuchtung

Einige Zahlen und Daten des grandiosen sozialistischen Aufbauwerkes

Im „Berliner Tageblatt" vom 21. Juni schildert der Korrespondent dieser Zeitung, Günther Stein, der sich gegenwärtig im Ural befindet, unter der Ueberschrift „Neues Leben im Ural" das ungeheure Aufbauwerk, das sich dort unter der Diktatur des Proletariats vollzieht. Wir entnehmen dieser Schilderung einige Abschnitte, die wir hier wörtlich wiedergeben:

Und heute sieht man, daß dieses neue Leben stürmisch begonnen hat. Neu, und so ganz anders, wie es niemals vorauszusehen war. Ein Leben, das sehr weit vom paradiesischen entfernt ist, aber ein Leben von imposantem Tempo und Zielbewußtsein. Im Südwesten, in Swerdlowsk, der Hauptstadt des riesigen Ural-Gebietes, das zweieinhalb mal so groß ist wie Deutschland, arbeitet der neue Motor dieses jungen Lebens, der weit in den Norden des Gebietes hinauf, bis nach dem Eismeer, unerschlossene Gebiete in den Kreislauf der Wirtschaftsrevolution hineinziehen will. Mit 40 000 Einwohnern blieb es jahrzehntelang im Schlaf; 1928 war seine Bevölkerung verdreifacht, und heute beträgt sie 400 000 Menschen.

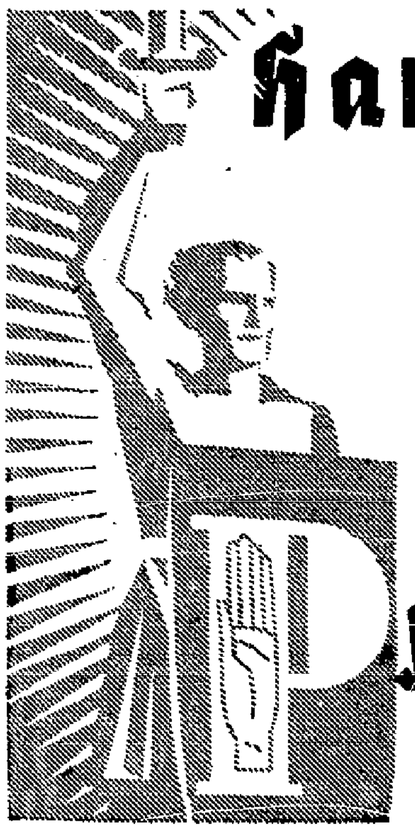
Andere Großstädte wachsen im Ural in wenigen Jahren aus der Erde. Da waren an einer Stelle in der Steppe 1928 drei ärmliche Kirgisenhütten, und heute steht an diesem Platz die Stadt Magnitogorsk mit 100 000 Einwohnern; in zwei weiteren Jahren sollen in diesem neuen Hochofenzentrum 150 000 Menschen wohnen. Die nagelneue Chemiestadt Beresniki ist für 150 000 geplant, und beherbergt heute schon 50 000. Beide haben den Betrieb bereits aufgenommen, wenn auch mit manchen Schwierigkeiten und Reibungen. In Perwo-Uralsk arbeiten seit einiger Zeit 5000 Leute am Bau riesiger Fabriken, am Bau einer Wohnstadt in der bald 150 000 Leute seßhaft sein sollen. In Kraßno-Uralsk, ebenso groß geplant, entstand auf gerodetem Urwaldterrain eine Stadt, in der bereits 25 000 Menschen wohnen. Slato-Ust, ein gewaltig wachsendes Zentrum für Qualitätsstahl, soll aus einem Dorf zu einer Stadt von 200 000 Menschen werden. Und so ließen sich noch mehrere heranwachsende Zentren anführen, in denen gewaltige, unvergleichliche Bodenschätze auf Millionen von Menschen warten, die in kurzer Zeit den Ural zu einem der wichtigsten Schwerindustriezentren der Sowjetunion machen sollen. Alle Voraussetzungen sind vorhanden, sogar die militärgeographischen; denn der Ural liegt fern von allen Grenzen, fern vom Rekordradius jedes fremden Flugzeuges. In seiner Entwicklung sehen die Sowjets ihre wichtigste Industrieaufgabe.

So stehen die Planziffern hier noch weniger als anderswo auf dem Papier, werden sie fast in jeder Hinsicht noch übertroffen. Die Stadtbewohner des Ural machen heute 34 Prozent der Bevölkerung aus. 1925 waren es 23 Prozent, und gleichzeitig nahm das Uralvolk um ein Viertel zu, durch Einwanderung aus anderen Sowjetgebieten. Die Investitionen in die junge Schwerindustrie des Gebietes betrugen während des ersten Fünfjahrplans drei Milliarden Rubel, was nach den Angaben deutscher Spezialisten etwa zwei Milliarden Reichsmark bei deutschen Preisverhältnissen gleichkäme. Und in diesem Jahre, in dem erst ein Bruchteil der Werke in Betrieb ist, soll eine Produktion von eineinhalb Milliarden Rubeln erzielt werden. Schon 1931 erzeugte allein die Ural-Schwerindustrie mehr als vor dem Kriege die gesamte Schwerindustrie des Zarenreiches, bei der der Ural bereits die größte Rolle spielte! Für die großenteils unerfahrenen, bäuerlichen Betriebsarbeiter, denen deutscherseits das Zeugnis großen Lerneifers und langsam-stetiger Lernerfolge ausgestellt wird, sind überall Betriebsschulen, technische Mittel- und Hochschulen gebaut worden, und bereits jetzt soll jeder zweite Arbeiter an der [illegible] oder anderen Art des Unterrichts teilnehmen. Denn ihre bis[illegible] Primitivität ist, neben den Transportsorgen, das größte A[illegible] hindernis.

★

Die Hauptstadt wurde vor mehr als 200 Jahren von Katharina der Großen gegründet und hieß nach ihr Jekaterinburg. Sie war eines der Zentren der Revolution und erhielt ihren neuen Namen von dem verstorbenen Swerdlow, von dem man sagt, daß er der beste Wirtschaftsorganisator des jungen Bolschewismus gewesen sei. Wie die Stadt die Namen revolutionär geändert hat, so erinnert auch ihr Aussehen nicht mehr an ihre beschauliche Vergangenheit. Swerdlowsk hat keine einzige Kirche mehr, worauf es stolz ist. Wo die Kirchen nicht verwertbar schienen oder wo sie die Stadtentwicklung störten, sind sie gesprengt und abgerissen worden. Oder sie wurden zu Schulen und Speisehäusern für die Arbeiterschaft umgebaut. Durch die neugepflasterten Hauptstraßen des ehemaligen Provinznestes gehen Straßenbahnen und Autobusse. Neben alten Holzhäusern wachsen alle paar Schritte — chaotisch-imposant — neue, meist schöne Zweckbauten und Wohnhäuser, quadratisch oder rund, in Stein, auf Stahlkonstruktion, mit Beton, aus dem Boden — so wie es während der Konjunktur in den Vereinigten Staaten und in Kanada geschah. Eine Stadt im Neubau, im Umbau, im Rohbau, die sich mit dem Bau eines riesenhaften Maschinenfabrik-„Kombinats" für 100 000 Menschen, mit dem Bau einer Studentenstadt für 20 000 proletarische Akademiker mit allen ihren Universitäten, mit der Errichtung von Krankenhäusern, Schulen und Arbeiterklubs in den dichten Wald rings um das alte Zentrum hineinfrißt; ein Wachsen, das die alte Stadt schon heute erdrückt und überwuchert.

So spricht ein bürgerlicher Journalist über die Leistungen der Sowjetunion, erzählt er davon, wie unter Führung der Arbeiterklasse sich Steppen und Wüsteneien in gewaltige Unternehmungen verwandeln, wie überall neues Leben ersteht.



Handarbeit gegen Arbeitsnot!

Bei der Maschine genügt schon ein einzige Arbeitskraft zur Versorgung von

10.000 Rauchern

bei der Perusa Handarbeitszigarette geben schon

200 Raucher

einer Arbeitskraft Verdienst und Brot.

Raucht Perusa-Handarbeitszigaretten zu 4 ₰ u. 5 ₰

Ihr helft der deutschen Wirtschaft

AUSTRIA

Wir erobern die Betriebe

Nummer 136 2. Beilage — Mittwoch, den 22. Juni 1932

Der Nazi-Fabrikant und seine Arbeiterinnen

Wie der Nazi-Unternehmer mit dem aus den Knochen der Arbeiterinnen herausgepreßten Profit ein herrliches Leben führt

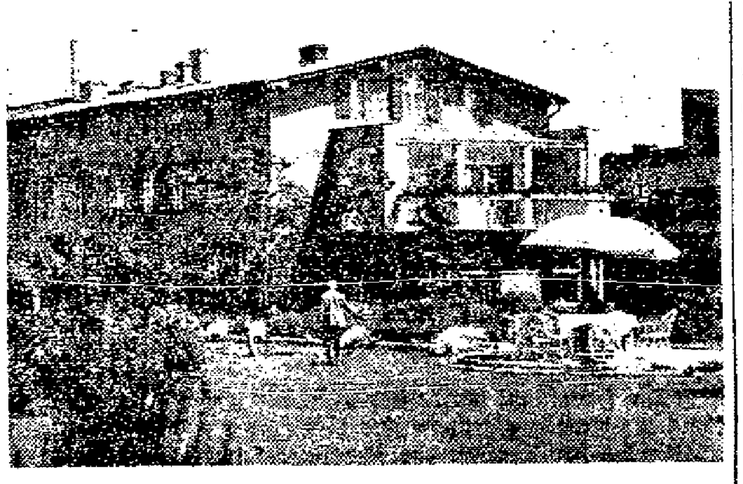
Warum „Drittes Reich"? — Weil die Kapitalisten die 25-Pfennig-Stundenlöhne verewigen wollen!

(Arbeiterkorrespondenz.)

In Freienwalde ist der große Wäscherei- und Plätterei-betrieb des Herrn C. F. Lange, wo 200 Arbeiterinnen beschäftigt sind. **Dieser Herr Lange ist Mitglied der NSDAP. und eifriger Verfechter des „Dritten Reiches".**

Allerdings geht es ihm in dem heutigen zweiten Reich auch ziemlich gut. Beiliegend ist eine Photographie seiner Villa, wo er mit seinem Hund im Sonnenschein auf dem Rasen spielt. Sonst ist der Herr sehr viel beschäftigt, weil er ein vielseitiger Sportsmann ist.

Neben seiner Villa hat er einen eigenen Flugplatz. Der Oberleutnant a. D. Zins unterrichtet ihn im Fliegen. Denn selbstverständlich hat er auch ein eigenes Flugzeug. Zwei Reitpferde und einen Reitlehrer braucht er ebenfalls zu seiner sportlichen



So lebt der Naziunternehmer . . .

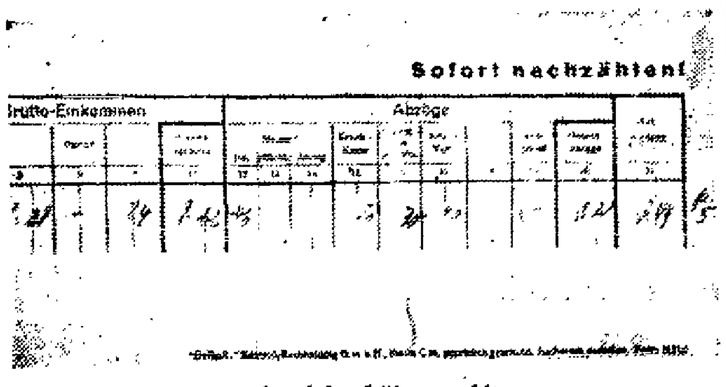
Betätigung. Täglich sieht man ihn zwei Stunden in Freienwalde reiten. Wenn er nicht fliegt oder reitet, dann rast er in seinem Privatauto — daß er eins besitzt, versteht sich von selbst — umher, um für das „Dritte Reich" zu agitieren.

Wie kann dieser Nazi ein so herrliches Leben führen und warum wünscht er sich das „Dritte Reich"? Das herrliche Leben kann er dadurch führen, weil seine Arbeiterinnen maßlos unmenschlich und brutal ausgebeutet werden. **Der beigelegte Lohnzettel zeigt, daß eine Arbeiterin für 33 Stunden 7,47 Mark ausbezahlt erhält. Dabei ist sie noch in der Lohnstufe II. Die Kolleginnen der Lohnstufe I werden noch schlechter bezahlt. Der Stundenlohn beträgt durchschnittlich 25 bis 28 Pfennig.**

Nur aus den Knochen der ausgebeuteten Arbeiterinnen herausgepreßten Profite, auf Kosten der Gesundheit, des Familienglücks dieser ausgebeuteten Arbeiterinnen, kann dieser Nazi sein herrliches Leben führen.

Und warum will dieser reiche Fabrikant das „Dritte Reich"? Ein Teil seiner Arbeiterinnen sind auch Mitglieder der NSDAP. Wir glauben kaum, daß sie es aus Ueberzeugung sind. Wahrscheinlich, um diese kargen Pfennige noch zu retten, sind sie gezwungen, Pg.s ihres „Brotherrn" zu sein. **Aber an diejenigen** Proleten, insbesondere SA.-Proleten, die aus ehrlicher Ueberzeugung von der NSDAP. etwas Gutes für die Arbeiterschaft erwarten, richten wir die Frage: Warum will dieser unmenschliche Ausbeuter, warum mit ihm die Thyssen, die Hohenzollernprinzen, die Schwerindustriellen, die Generale und die große Schar der Ausbeuter und Antreiber in den Betrieben, das „Dritte Reich"?

Weil sie die 25- und 28-Pfennig-Stundenlöhne noch tiefer drücken wollen und die Arbeiter durch einen blutigen Terror im



. . . und solche Löhne zahlt er.

Sklaventum halten wollen, daß sie für höhere Löhne nicht mehr kämpfen können. Es ist daher klar, warum jede Arbeiterin und jeder Arbeiter mit ihrer g zen Kraft die Antifaschistische Aktion unterstützen und mit ihr kämpfen müssen.

NSDAP. verlangt Streikbruch

Wieder ein unwiderlegbarer Beweis — Klassensolidarität der Nazi-Jungarbeiterin

(Arbeiterkorrespondenz)

In dem Betrieb der Nazidruckerei Welzel, Dresden-Lockwitz, streiken seit einigen Tagen die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Die Polizei wurde eingesetzt und ging mit verschärften Maßnahmen gegen die Massenstreikposten vor. Zwei aus Dresden angeforderte Ueberfallkommandos schlugen auf die Streikposten ein und jagten sie über die Felder. Selbst ehemalige Kriegsteilnehmer, Mitglieder des Graphischen Hilfsarbeiterverbandes, die sich in der Nähe des Betriebes aufhielten, wurden hinweggetrieben.

Die NSDAP. hilft diese Naziausbeuter auf der anderen Seite. Sie fordert ihre Mitglieder auf, als Streikbrecher zu arbeiten. Eine Jungarbeiterin, Mitglied der NSDAP., wurde am 14. Juni durch die nationalsozialistische Betriebsorganisation zu Welzel vermittelt. **Als sie aber sah, daß dort Streik ist, erklärte sie dem Streikposten, daß sie nicht daran denke, den streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen, sie lehne den Streikbruch ab und übergab dem Streikposten die von der NSBO. erhaltene Anweisung, die unzweideutig wieder den Beweis liefert, daß die NSDAP. für die Kapitalisten Streikbruchdienste leistet. Dieses Dokument lautet folgendermaßen:**

„Betriebszellenorganisation der
Nationalsozialistischen Deutschen
Arbeiterpartei, Gau Sachsen.
Fernruf 51864. Postscheckkonto:
Curt Ullmann, Dresden.

Abteilung: Betriebszelle — Zeichen: St. — Dresden N 6, den 13. 6. 32. Neustädter Markt 12 II.

Frl. Erika Standare
Dresden.

Sie wollen sich bitte sofort nach Erhalt der Post bei der Firma Welzel, Buch- und Werbedruck, Dresden, Altlockwitz 45, zwecks Arbeit vorstellen. Vom Ausgang bitten wir um Bescheid.

Heil Hitler!
gez. Ullmann."

SA.-Proleten, Naziproleten in Betrieb und Stempelstelle! Wieder ein Beweis, der zeigt, daß die NSDAP. euch zum Verrat gegen eure eigenen Klassengenossen zwingt. Zieht die Konsequenzen! Kämpft mit uns!

Die Nazis des Amtsgerichts Mitte

Nazi-Angestelltenrat als Kriecher und Verräter

(Justizangestelltenkorrespondenz)

Im Angestelltenrat vom Amtsgericht Berlin-Mitte sitzt ein Herr Erich Schultz von der für den Betriebsrat aufgestellten Liste „Nationale Sozialisten". Dieser Herr Schultz erfreut sich bei allen Kollegen im Bezirk IV, mit denen er zu tun hat, einer ganz besonderen „Beliebtheit", weil er es im Umgang mit den leitenden Beamten ausgezeichnet versteht, sich durch schmieriges Benehmen und hündischen Ton beliebt zu machen. Er wurde auch immer mit „besonderen Aufgaben" betraut und steht bei der Kollegenschaft im Verdacht, dem Aufsichtsdirektor vertrauliche Berichte zu liefern. **Herr Schultz ist auch ein eifriger Ueberstundenschieber und Heimarbeiter. Statt die Angestellten zu vertreten, fällt er ihnen in den Rücken.**

Nachdem besagter Herr Erich Schultz im Zivilprozeß protokolliert hatte, wurd er zur großen Freude seines Richters (und wohl auch auf seine Veranlassung) abgelöst, weil er einfach zu transusig war. Vor den Kollegen erklärte er nun, sein Richter hätte ihm bittere Tränen nachgeweint, weil er einen so „tüchtigen" Protokollführer verliere. Während der Gerichtsferien muß Herr Schultz vertretungsweise abermals protokollieren. **Um nun über seine Tüchtigkeit als Protokollführer und seine Zuverlässigkeit in anderen Dingen keinen Zweifel entstehen zu lassen, stellt sich Herr Schultz seinem jetzigen Richter mit folgenden Worten vor: Gestatten, äh, Schultz, Nationalsozialist und Mitglied des Angestelltenrates."**

Das Auftreten des Nazi-Schultz ist von großer Bedeutung. Das Vorstellen des von Natur aus feigen Nazis als „Nationalsozialist und Mitglied des Angestelltenrates" zeigt mit aller Deutlichkeit, **wie sicher sich diese Burschen bereits fühlen, vor allem beim Amtsgericht Berlin-Mitte, das ihnen ja, wie schon mehrfach in der „Roten Fahne" beleuchtet wurde, besonderen Schutz angedeihen läßt. Kollegen, laßt euch dies erneut ein Beispiel sein für die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes. Schließt euch endlich, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg, zusammen zu einer breiten Front gegen das Vordringen der Nazis in den Betrieben. Formiert die Antifaschistische Aktion!**

Streikbrecherwurst von Koschwitz

„Koschwitz allen voran" — Gemeine Maßregelung klassenbewußter Arbeiter

(Arbeiterkorrespondenz.)

Die Fleischwarenfabrik Robert Koschwitz AG., Weißensee, die ihre Waren zum größten Teil in Berlin an Kantinen und Lebensmittelgeschäfte absetzt, hat an ihren Lieferwagen Reklameschilder mit der Aufschrift: Koschwitz allen voran. Da die Arbeiterschaft ein Recht hat, zu erfahren, in was Koschwitz „voran" ist, wollen wir eine kleine Aufklärung geben.

Herrn Rudi Koschwitz war das Streikbrechergesindel, das den Betrieb während des Fleischerstreiks in Gang bringen sollte, so ans Herz gewachsen, daß er gar nicht merkte, wie der Betrieb vollständig verdreckte. Der Herr läuft im Betrieb herum wie ein aufgeblasener Luftballon. Er schimpft sich Betriebsdirektor und beansprucht ein Gehalt von sechs bis sieben Gesellen. Von der Produktion hat er nicht die geringste Ahnung. Dieser Betriebsdirektor kann Rindfleisch von Schweinefleisch nicht unterscheiden.

Da der Betrieb anscheinend immer noch nicht genug Gewinn für die armen Aktionäre abwirft, **baut Rudi die Rezepte der berühmten Koschwitzwurst jetzt selbst zusammen. Aus amerikanischem Affenfett, altem ausgelassenen Talg und Rinderlöpsen wurde nach seiner Anweisung Braunschweiger verfertigt.**

Der Firma Goldacker, der dieser Torf geliefert wurde, schickte diesen mit der Bemerkung „ungenießbar" retour. Diese „leckeren" Würste wurden daraufhin einem Markthändler angedreht; man war der Auffassung, — für die Proleten sind diese gut genug. Seinen Meistern erzählt er Tag für Tag, daß sie recht viel Wasser für die Leberwurst und die Würstchen und die Rohwurst zur Hälfte aus Schwarten herstellen sollen, — da er kaufmännisch errechnet habe, daß dadurch der Gewinn ein größerer sei. Bei dieser Befehlsausgabe müssen die Meister stramm stehen und dürfen nichts erwidern.

Aber auch in der Behandlung der Beschäftigten ist Koschwitz allen voran. „Zu unserem Kundenkreis," so erzählt Herr Rudi, „gehört nur ein verschwindender Teil der Kommunisten, auf die wir keine Rücksicht zu nehmen brauchen!"

Nach beendetem Streik schnüffelte dieser Kommunistenfresser im Betrieb herum, er paßtauf, daß seinen Streikbrechern ja nichts geschieht und fragt die anderen, ob sie der RGO. angehören. Jeder, der ihm verdächtig vorkommt, wird auf der Stelle entlassen.

Nun, die Berliner klassenbewußten Arbeiter wissen schon, in welchen Dingen Koschwitz allen voran ist. Sie werden auch die Konsequenzen ziehen können.

Der Sprichwort-Song

(Vom Fabrikanten zu singen)

Weshalb nur reden diese Leute stets vom Essen?
Weshalb sind diese Leute auf den Lohn so versessen?
Weshalb um ein paar Pfennig dies wilde Getue?
Weshalb dies Gemurre um ein Paar lumpige Schuhe?
Das kommt vom Materialismus,
Vom Mangel an Idealismus,
Daß man ins Kino rennt
Und nicht mehr Goethe kennt,
Daß jeder kleine Mann heut auf Wohlleben erpicht,
Daß man das Wort vergaß: „Armut schändet nicht!"

Seht nur uns Fabrikanten, wie wir verarmen!
Sogar die Regierung hat mit uns Armen Erbarmen:
Sie gibt uns Kredite und stundet uns die Steuer,
Unsre Villen stehn in der Schweiz, weils in Deutschland zu teuer.
Das kommt vom Idealismus,
Vom Mangel an Materialismus,
Weil jeder Fabrikant
Dient seinem Vaterland,
Weil er leuchtend vorangeht in seines Volkes Not,
Weil er weiß: „Trocken Brot macht Wangen rot!"

Und darum, Leute, nicht stets nach Nahrung schreien!
Der Körper kann erst durch den Geist gedeihen;
Der gebietet euch, fleißig die Hände zu regen!
Dann führ'n wir euch wieder herrlichen Zeiten entgegen,
Mit altem Idealismus
Gegen den Materialismus,
Und wenn der ganze Kontinent
Zur Asche verbrennt!
Jetzt ran an die Maschinen, den Riemen ins letzte Loch!
„Hunger!" ruft ihr, Leute!? „Hunger ist der beste Koch!"

Aus einer politischen Revue der „Truppe Südwest" von Friedrich Wolf.

Der Strom setzt aus . . .

Wir stehen an unseren Maschinen und schuften wie die Teufel. Die Brühe läuft uns am Körper herunter. Im Saal ist es schwül und der Dunst von verbranntem Oel und Schmierwasser verdreckt noch mehr die Luft. Das Stampfen der Maschinen, das peitschende Aufschlagen der Riemen auf die Antriebsräder hämmert im Gehirn, macht den Kopf döfig.

Maschine zurück, einspannen, Laufhebel ein . . . zurück, spannen, rein, vorwärts, auf . . . auf!

Akkord, Akkord . . . das hämmern die Räder, der Kopf, die Muskeln. Solange bis die Dampfpfeife Feierabend brummt und man sich mit müden, abgeschafften Knochen nach Hause schleppt. Aber soweit ist es noch nicht. Es sind noch 2½ Stunden bis zum Schluß.

Da . . . was ist das? Die Motore heulen kurz auf . . . laufen leer . . . bleiben stehen. Laute Rufe durch den Saal: „Maschinen ausschalten!"

Was ist da wieder? Warum setzt der Strom aus? . . . Wird gestreikt? Ist was passiert? Oder wollen die Unternehmer wieder einmal die Proleten heimschicken? Sie dadurch zur Kurzarbeit zwingen, indem sie Strommangel vorgeben? . . .

Der Meister rast ans Telephon, bekommt keine Antwort, saust weg. Ein paar Arbeiter laufen ans Fenster, gucken hinüber zum Maschinenhaus. Ich gehe auch ans Fenster. Draußen ist nichts Außergewöhnliches zu sehen. Plötzlich belebt sich der Platz. Sanitäter mit einer Tragbahre kommen angelaufen, rennen ins Maschinenhaus. Meister und Ingenieure kommen von allen Seiten, fragen, was es gibt. Ein Unfall? Ein Arbeiter ist an die Kabel gekommen? Hm . . . Wird wohl unvorsichtig gewesen sein . . . diese Meinung sieht man ihren Gesichtern an . . . .

Die Tür des Maschinenhauses wird von innen aufgerissen, die Sanitäter kommen heraus, auf der Tragbahre . . . ein verbrannter, brauner Fleischklumpen mit noch glimmenden Tuchfetzen. Ist das ein Mensch? Ein Arbeiter? Einer der unseren? So wie wir? Von Fleisch und Blut und jetzt ein unförmiger, verbrannter Klumpen! Das kann nicht sein! . . . Und doch! Der Klumpen bewegt sich hilflos! Ein Prolet. Ein armer Teufel hingeschlachtet, ermordet, zertreten für den Profit . . . .

Der Motor springt wieder an, bleich gehen wir an die Arbeit. Da sagt einer: „Genossen . . . in einem Sowjetdeutschland stirbt so keiner mehr!"

Wir sehen ihn an, wir haben uns verstanden. F. R.

Die Kulturrevolution in der Sowjetunion. Ueber dieses jeden Werktätigen interessierende Thema beginnt Dr. H. Berger am **Mittwoch, dem 22. Juni, 20 Uhr,** einen vier Doppelstunden dauernden Kursus im zentralen Schullokal der Marxistischen Arbeiterschule, Schicklerstr. 6, 3 Tr.

Der Unterschied

Wir laufen in unseren Notverordnungsjacken herum, und die Fettwänste stecken die Subventionen ein. Der Unterschied bleibt also auch im Dritten Reich . . ."

Muschkat wechselt die Richtung

Von Paul Körner

Eine Kuh hat Muschkat nur. Von den vier Morgen Land kann er nicht leben und nicht sterben. Was er sich auch quälte, er brachte es nicht dazu, ein eigener Bauer zu werden.

Was für den Strick geboren ist, kann im Wasser nicht umkommen — sagte er sich — aber was zwei Bauernhände an Brot schaffen, da kann ein Dutzend davon fressen. Zu diesem Dutzend gehörte der Graf, bei dem Muschkat tagelöhnerte. Das Leben ist immer schlechter geworden. Das Brot immer weniger. Wenigstens bei Muschkat. Der Graf hat immer reichlich gehabt. Oder kostet so eine neue Glasveranda vielleicht kein Geld?

Die neue Veranda wurde in den Park gebaut, dort, wo der Wald an das Schloß reichte. Der Wald wurde abgegittert. Die Kühe durften das Stück nicht mehr betreten. Muschkat räumte die letzten Brocken weg, die vom Bauen und auch von den Kühen noch dalagen. Er harkte alles glatt und schaffte den Unrat mit einer Karre weg.

Die Schloßuhr schlug acht. Muschkat setzte sich auf die Karre und wickelte seine Frühstücksstullen aus. Der Diener schob die großen bunten Fenster der Veranda hoch, damit die Sonne hineinscheine. Bald danach klirrte Geschirr und Messer und Gabel klapperten.

Muschkat dachte darüber nach, was der Redner gestern abend gesagt hatte: Den kleinen Bauern, den Häuslern, denen müsse man endlich Land geben, damit sie auf eigener Scholle ihr ausreichend Brot haben. Und woher nehmen? Von den Großagrariern, die tausende von Morgen haben.

Das ist richtig— dachte sich Muschkat. Und dieser Hitler, wie der für die armen Bauern ist, ja, ja. Der Graf wird Kettengelenke durchbeißen, wenn er hört, daß es eines Tages heißt: „Hier diese 25 Morgen kriegt der Jochen. Die Wiese mit dem Erlenbusch bekommt der Manske, und dort am Wald da kriegt der Muschkat seine 30 Morgen hin."

Mitten in diesen Gedanken ertönte die Stimme des Grafen auf der Veranda und Muschkat sah, daß noch jemand dabei war. Sie setzten sich hinter die Palmen und Lorbeerbäume. Weil es unangehnem sein könnte, gerade hier vor den Augen der Herrschaften zu sitzen, schob Muschkat die Karre weg, dicht an die Mauer des Sockels, auf dem die eigentliche Veranda ruhte. Er beschäftigte sich weiter mit seinen dreißig Morgen, die er dicht an der Landstraße verlangen werde, wegen der Wegverhältnisse. Das konnte er verlangen, mit seiner einen Kuh.

Deutlich vernahm Muschkat das Gespräch und noch deutlicher, daß der Mann neben dem Grafen der war, der den Bauern gestern abend das Land versprochen hatte.

Am Ende teilt der schon mit dem Grafen das Feld ein, wo doch der Graf auch in der Partei mit dem Hakenkreuz ist und den Armen helfen will? Muschkat spitzte die Ohren.

„. . . und wenn man ihnen Land verspricht, kann man sie für alles gewinnen, Herr Graf."

„Dabei ist es doch regelrechter Unsinn, die nichtsbringenden Zergwirtschaften zu fördern oder gar vermehren zu helfen."

„Es ist aber in der jetzigen Situation unbedingt notwendig, daß man dem Volk diese Hoffnung macht."

„Ohne Zweifel, Herr Parteigenosse."

„Man muß gewissermaßen ganz wo anders hinzielen, ehe man der Schuß treffen soll. Man muß quasi im Schuß die Richtung wechseln . . ."

Wenn einer Muschkat das Herz aus dem Leibe gerissen hätte, das wäre gar nichts gegen diese Enttäuschung gewesen. Ein paar Monate hatte er schon den Glauben an die Volksgenossen mit dem Hakenkreuz und jetzt mußte er so etwas hören? „Schufte!" schrie er. Nicht laut, sondern in sich hinein schrie er es. Er nahm einen in der Karre liegenden Kuhfladen, formte ihn wie einen Bratwurstkloß und schleuderte ihn haargenau gegen den Redner durchs offene Fenster. Es klatschte am Hals des Parteigenossen, prallte ab und spritzte dem Grafen ins Gesicht. Der Graf stürzte ans Fenster und sah sofort, daß Muschkat der Sünder war.

„Wie kommen Sie Lotterbube dazu?!" schrie er.

Muschkat ging dicht ans Fenster und sagte in aller Ruhe: „Herr Graf, ich wollte dem Schäfer seine Hundetöle werfen und habe bloß mal probiert, wie das ist, wenn man im Schuß die Richtung wechselt. Und Lotterbuben sind die, die mit Schuften gemeinsame Sache machen."

Muschkat wechselte seine Richtung nun auch in anderer Beziehung, weil von hier kein Land zu erwarten war.

Wie lange noch?

Der Rundfunk — Tummelplatz des Faschismus

Seitdem Nazi-Straßer die „Regierungsstunde" im Rundfunk mit einer Propagandarede für das „Dritte Reich" eröffnen durfte, häufen sich die Nazivorträge im Rundfunk, während man den revolutionären Arbeitern das Mikrophon weiterhin versperrt.

Der Nazi-Schriftsteller Arnolt Bronnen hat die Leitung der aktuellen Abteilung der Funkstunde übernommen und sorgt anscheinend auch gleich mit dafür, daß die „aktuellen" Veranstaltungen des Deutschlandsenders entsprechend ausgestattet werden.

So fand in der Reihe „Junge Generation spricht", am letzten Sonntag eine Diskussion über den „neuen Nationalismus" statt, die eine offensichtliche Agitation für die Nationalsozialisten und für einen neuen Krieg darstellte.

„Der Krieg ist zwar nicht nützlich, aber wir befürworten ihn wegen der inneren Werte des Kriegserlebnisses!" äußerte einer der Nazijünglinge am Mikrophon.

Die tollste Provokation der werktätigen Hörer leistete sich aber die Deutsche Welle damit, daß sie ohne vorherige Ankündigung am Montagabend den Naziobersten Hierl über „Arbeitsdienstpflicht" sprechen ließ, und zwar in der Zeit, die für den Regierungsfunk reserviert ist! Während sonst Vortragsmanuskripte wochenlang vorher eingereicht werden müssen und x-mal geprüft werden, scheint das alles wegzufallen, wenn ein Nationalsozialist an das Mikrophon tritt.

Aus der Methode, wie man diese faschistischen Propagandavorträge zustande bringt und der Tatsache, daß sie stets in der Zeit des „Regierungsfunks" vonstatten gehen, ergibt sich ganz eindeutig, daß sie im absoluten Einverständnis und wahrscheinlich sogar auf gelinden Druck der Regierung erfolgen.

Es zeigt sich damit auch hier auf dem Rundfunkgebiet ganz eindeutig das Klassengesicht der Papenregierung und ihrer nationalsozialistischen Helfershelfer. Aber so wie sich in den letzten Tagen die Aktivität der Arbeitermassen im Kampf gegen SA.-Terror und Notverordnungsregierung gewaltig steigert, wie sich die rote Einheitsfront fester und fester schmiedet, wird auch **der einmütige Abwehrwille der werktätigen Rundfunkhörer gegen die faschistische Verseuchung des Rundfunks Mittel und Wege finden, um im Massenkampf den Versuch der ideologischen Terrorisierung der Arbeiter durch die Aetherwellen zu verhindern.**

Der werktätige Hörer hat das Wort

„Wie schützt sich die Bevölkerung vor einem Luftangriff?"

Unter diesem Titel brachte der Deutschlandsender am Sonnabend eine neue Kriegspropagandarede, die vergeblich zu tarnen versucht wurde. Da sprach man erst etwas von Sumpf- und Industriegasen usw., wegen deren man Schutzmaßnahmen treffen müßte, während beim Abschluß von Brandbomben die Rede war und besonders auf die Gasschutzübungen in Ostpreußen in den nächsten Tagen hingewiesen wurde.

Und die technischen Fragen des Gasschutzes wurden so in allen Einzelheiten besprochen, daß es sich überhaupt nur um Fliegerangriffe handeln konnte. Nach Meinung des Herrn Paetsch müßten die Bewohner aller Städte für diese Zwecke in allen Häusern brand- und gassichere Keller einrichten, Hausfeuerwehren schaffen usw. Da der Staat für diese Zwecke „leider" kein Geld hätte, müßten die Bewohner diese Sicherungen aus eigenen Mitteln bestreiten und jeder müßte freiwillig mitarbeiten.

Aus diesen sehr eindeutigen Ausführungen geht klar hervor, wie sicher man mit dem baldigen Ausbruch des nächsten Krieges rechnet und mit Hilfe des Rundfunks versucht, die Werktätigen ideologisch darauf vorzubereiten.

Unharmonische Kleinigkeiten

Nazis gegen Professor Schreker

Dem Leiter der Staatl. Akadem. Musikschule, Prof. Franz Schreker, ist von einigen wildgewordenen Spießern aus der Lehrerschaft unter Führung des Violinisten Gustav Havemann — sie maßten sich an, im Namen des ganzen Lehrkörpers zu handeln — das Mißtrauen ausgesprochen worden, was den wahrscheinlichen Fall Schrekers bedeutet. Nazi-„Künstler" suchen den politisch kaum hervorgetretenen Schreker von seinem Platz zu verdrängen, um selber aufrücken zu können. Vorgeschoben hat man die Begründung, Schrecker „helfe dem Kulturbolschewismus". Daß davon keine Rede ist, braucht kaum erwähnt zu werden: Schrecker ist nur als mittelmäßiger Komponist liebeschwüler, rein bürgerlicher Opern hervorgetreten. Immerhin zeigt sich an dieser Begründung, daß die tapfern Ritter vom Hakenkreuz die dreckigsten Methoden auch in ihrem „Kulturkampf" schließlich nur gegen die Arbeiterschaft anwenden werden.

Juden und Marxisten — unmöglich

Prof. Gustav Havemann hat eine Ausbildungsklasse für Violine an der preußischen republikanischen akademischen Hochschule für Musik in Berlin (stellvertretender Direktor ist der Sozialdemokrat Prof. Georg Schünemann!). Prof. Gustav Havemann ist auch der frischgebackenste Dr. h. c. der faschistischen Universität Greifswald! Also, diesem besagten Herrn begegnet ein ehemaliger Schüler, als gerade der Herr Professor im Berliner Rundfunk eine Orchesterprobe abhält. Nach der Begrüßung — wobei der ehemalige Schüler seine Freude ausdrückte, seinen Lehrer als Dirigenten zu sehen — fragt er, ob der Herr Professor nicht noch einen Geiger gebrauchen könne bzw. ob er ihn nicht in Zukunft — etwa bei einer Vergrößerung seines Orchesters — berücksichtigen würde.

Der Herr Professor macht ein erstaunies Gesicht: „Sie kennen doch meine Einstellung? Wenn ich nicht irre, sind Sie Jude."

„????"

„Es ist ein Nazi-Orchester."

Das ist das Gegenteil vom „Kulturbolschewismus"! Nicht Leistungen, sondern politische Richtung und Rasse allein entscheiden. Wir dachten immer, daß das Können des Arbeitenden auch ein bißchen wichtig sei . . .

Zum Kochen von Gemüsen: MAGGI's Fleischbrühe

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz

8½ Uhr
Geld ohne Arbeit

PLAZA
Nähe Schles. Bah.
5 u. 6 Sitz. 2, 5, 8½ U.
C 7 Weichs. 4031
Schwarzwaldmädel

Maßanfertigung
Reparaturen
chem. reinig. billigst
Schneiderei d. Ostens
Seumestraße 17

Bekleidung

Wenig getragene fast neue Herrenmaßsachen zu fabelhaft billigen Preisen. Anzüge Taillenmäntel, Paletots, Frack-Smoking- und Gehrockanzüge, Hosen. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe, Damenmäntel. Weitester Weg lohnend, Lothringer Straße 56, 1 Treppe (Rosenthaler Platz).

Möbel

Billige Schlafzimmer, Einzelmöbel, Küchen, bequemste Teilzahlg. Möbelhaus Grebler, Weinberasweg 4 u. Kottbusser Tor.

Bücherschränke 32—275. Kindertische 15—120. Kamerling, Kaiserallee 56 (Ecke Fehrbellinerstraße).

Betten

Metallbetten billig und gesund. Bei Teilzahlung Wochenrate 2.—. Prenzlauer, Reinickendorfer Str. Nr. 117.

Vermischtes

Fuhren aller Art werden billig gefahren. Bruno Zoeke, Spandau, Seeburger Straße 7.

Brennmaterialien

Holz- und Kohlenhandlung Georg Gnewikow Spandau, Falkenhagener Str. 11, Ecke Ackerstraße.

Kohlen- u. Holz-Handlung Franz Fernum, Spandau Sedanstraße, am Havelufer. Filiale: Konkordiastr. 19. Tel.: C 7 3950.

Das Fest der 4000

ist eine Solidaritätsveranstaltung der roten Sportler und wird veranstaltet zugunsten des Ferienlagers der jungen Pioniere.

Das Fest der 4000

muß die innige Verbundenheit der drei Generationen aufzeigen. Der Ueberschuß der Einnahme wird für Ferienlager verwandt. Eintritt nur 15 Pfennig für Erwerbslose, 25 Pfennig für Vollarbeiter.

Es geht los

am Freitag, dem 24. Juni, im Saalbau Friedrichshain. Saal und Garten mit einem Bombenprogramm. Erich Weinert ist auch da. Einlaß schon um 17 Uhr.

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte, Beamte und Hausfrauen

Butter und Kaffee von Göbel
weil die Qualitäten besser und die Preise billiger sind 45536
Butterhandlung Wilhelm Göbel
54 eigene Geschäfte in Groß-Berlin

Schütze Deine Familie
durch Beitritt zum
Deutschen Herold

Seine Kinderversicherung
sichert dem Sohne die Kosten der Berufsausbildung, der Tochter die Kosten der Brautausstattung.

Seine Lebensversicherung
sichert den Eltern einen sorgenfreien Lebensabend.

Seine Begräbnisversicherung
enthebt die Hinterbliebenen von den für die Bestattungsausführung notwendigen Besorgungen und sichert eine würdige Bestattung oder auf Wunsch Barleistung.

Niedrige Prämien, loyale Aufnahmebedingungen und doch größte Sicherheit der Leistungen.

Zahl der Versicherten über 1 Million 500 000
Im Jahre 1930
haben wir 7 Millionen 200 000 Reichsmark für unsere Versicherten ausgezahlt.

Verlangen Sie kostenlose, unverbindliche Auskunft Geschäftsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins und in allen Städten Deutschlands.

Deutscher Herold
Volks- und Lebensversicherungs-AG.
Berlin SW 48, Friedrichstraße 219 220
Fernruf: F 5 Bergmann 9200—9219

Tüchtige Mitarbeiter, auch nebenberuflich, werden gesucht
45269

Butter-Hoffmann
45708 **130 Filialen in allen Stadtteilen**

Reserviert!
43582

45301 **„NORDSEE"**
Deutsche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven A. G.
Brunnenstr. 62, Reinickendorfer Str. 47, Huttenstr. 3, Schmargendorf: Berkaer Str. 4, Charlottenburg: Reichsstr. 99, Wilmersdorf: Berliner Str. 39
Frische Fische, Räucherwaren, Fischwaren

VOLKSBROT
schmackhaft und bekömmlich
1250 gr nur **43 Pf.**
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich
WITTLER BROTFABRIKEN N 65
45066

Butter-Nordstern
billig und gut
44880

43825

Clärchens Ballhaus
45591 **Auguststraße 24**
Täglich großer Witwenball

41136

Butter, Margarine, Käse
Wurstwaren, Konserven
Eier usw.
August Holtz G. m. b. H.
Filialen in allen Stadtteilen
Seit 50 Jahren Qualitätswaren zu niedrigsten Preisen!
41861

Kurbad Ostend Boxhagener Str. 17 E.-Warschauer Str.
Bäder aller Art — Liefer. z. Krankenkassen

Zentrum
Restaurant Münzhof
Münzstraße 24, Ecke Dragonerstraße
Stimmung Humor 44631
Warme Küche, gutgepflegte Biere. — Ab 12 Uhr Konzert

Butterhandlung zu den drei Sternen
Filialen in allen Stadtteilen
43907

Rind- und Schweineschlächterei
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Karl Roggatz
Prenzlauer Straße 4
44862

Südosten
Carl Unte, Naunynstraße 17
44868 Fleisch- und Wurstwaren

Rind- und Schweineschlächterei
Wilhelm Lemke, Waldemarstr. 76
44910

Richard Walter
Oppelner Straße 12
Rind- und Schweinemetzgerei
44863

Osten
WÄSCHEREI „BLAUWEISS"
Herren-Oberhemd von 50 Pf. an
Herren-Taghemd von 25 Pf. an
Herrenkragen, 2 Stck. von 25 Pf. an
Damenwäsche, Unterröcke, Damenhemden von 25 Pf. an. Koppenstr. 85.
43820

Genossen, kauft bei M. Berbe
Zigarren
Zigaretten
Tabak 43574
Lange Straße 23

Seifenhaus M. Häger
Am Ostbahnhof 5
43826

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Arthur Padur, Weidenweg 74
44865

Texel
43588 **Otto Staschke**
Eisenwaren und Gartengeräte
Berliner Straße 98 und 12

Nordosten
Lenz & Jagmann
Lebensmittel-Geschäfte im Nordosten u. Norden
43862

Natalie Richter, Liebigstraße 35
Sämtliche Lebensmittel
44911

Werktätige, kauft **Mehl, Konserven** **OSFRIED-KAFFEE**
frisch u. billig, ½ Pfd. 0,90, 0,95, 1,20, 1,40 Mark in den
Friedrichsohn-Filialen
Neue Königstraße 71 — Landsberger Allee 145
Landsberger Str. 87 — Thaerstraße 50
Prenzlauer Allee 50 — Alte Schönhauser Straße
Prenzlauer Allee 177 — Schönwalder Straße 30
44376

Reserviert!

Norden
Optiker Läckemäcker Schönhauser Allee 136
Lieferant aller Krankenkassen und der Wohlfahrt 44880

Fetkenheuer & Golze
Kolonialwaren — Butter
Kaffee — Weine — Liköre
Berlin N — Pankow
Niederschönhausen
43816

Max Müller & Co.
Aktiengesellschaft
Müllerstraße 167 und 128
Brunnenstraße 117
Reinickendorfer Straße 14
Neue Schönhauser Str. 3
Gerichtstr 73, Beusselstr. 64
Bellermannstraße 20
44902

Bandagist Lange
44887
Brunnenstr. 166
Lieferant sämtlich. Krankenkassen

Hausfrauen, Eure Fleisch- und Wurstwaren kauft bei Paul Prenzel Wattstraße 6
43988

SWINEMÜNDER GESELLSCHAFTSHAUS
Swinemünder Str. 42
44131

Rosenthaler Molkerei
Richard Freitag, Schliemannstraße 7
44386

44388 Kauft eure Backwaren bei Bruno SCHWARZ, Lychener Str. 17

Foto-Radio-Hühns
Chausseestr. 88
Fennstr. 33
ist unsere **Einkaufs Quelle**
44905

Obst, Gemüse, A. Stiene
44875 Lortzingstraße 2 und 39

Kaufhaus Blumenfeld
Kastanienallee 94, Schönhauser Allee 91
44884

Rind- und Schweinefleisch
Hugo Rachfahl
Wollankstr. 101, Mendelstr. 44
43819

Herren- und Damen-Friseursalon
Helmut Heinze
Gleimstr. 38
44432

Willi Geske, Wurstwaren, Aufschnitt
Reinickendorfer Str. 95
43814 Weddinghalle, Stand 19-20

Bäckerei E. Herberg
43990 Ramlerstraße 24

Erd- u. Feuerbestattung 45293
Johann Alex, Tischlermeister
Wörther Straße 25, Tel. Humb. 3411

Rauch-Tabake, Zigarren, Zigaretten, billigst bei
Noeske, Nachf. M. Wolff
44005 Dunckerstraße 4

Arbeitertreff
Großbetrib. „Zum Schwedenzelt"
43985 Schweden- Ecke Exerzierstr.

Reserviert

Bäckerei und Konditorei
Paul Stange, Putbusser Str. 46
43995

Obst, Gemüse, Konserven
Kartoffeln — Heringe
Wilhelm Schulz, Ackerstr. 120
45908

Bernau
Geflügelfutter / Sämereien
45342 Walter Seeger, Brüderstr 105

Eisen-Hoffmann
Eisenwaren Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte
45339
Berliner Str. 123, Fernsprecher 182

Thams & Garfs, Königstr. 242
Lebensmittel, Kaffee, Konserven
45336 **Konfitüren**

Richard Schenk, Molkerei
45340 Brüderstr. 88

Nordwesten
Rind- und Schweineschlächterei
Emil Schauer, Hutten straße 70
44012

Bäckerei u. Konditorei 44859
Georg Müller, Gotzkowskystr. 7

Bernhard Hanisch
44010 Fleischermeister
Beusselstraße 55 a
empfiehlt seine stets frischen
Fleisch- und Wurstwaren

Bäckerei und Konditorei
Kaffeestube
Paul Zastrow, Stromstr. 33
43784

Farben, Lacke, Tapeten
Franz Jahnke, Beusselstr. 6
43585

Joh. Luebke, Rostocker Str. 43
ff. Fleisch- und Wurstwaren
43778

Spezial-Modewarenhaus
Bernhard Fliegel
43781 Turmstraße 38

45273 **Das gute Mathis-Brot**
Brot-Fabrik Gustav Mathis
NW 87, Waldstraße 4 — Tel.: Moabit 5335
Erstklassiges Landbrot — Vitamin-Kraft-Brot — Backwaren

Max Giesen
Turmstr. 42
DAS KAUFHAUS DER WERKTÄTIGEN BEVÖLKERUNG
43586

Karl F. Schmidt & Sohn
Weingroßhandlung / Beusselquelle
Likörfabrik Siemensquelle
43583 Beusselstraße 44, Schultheißquelle

Thiele-Brot
Verkaufsstellen im Laden Beusselstraße 36 und in allen durch Plakatanschlag erkenntlich gemachten Milch- und Vorkostgeschäften der Stadtteile Moabit, Charlottenburg, Wedding und Gesundbrunnen 13581

Max Tackmann, Sidingenstr. 1
ff. Fleisch- und Wurstwaren
43783

LEIHHAUS BARTSCH, Beusselstr. 45
Höchste Beleihung (Fahrräder)
44414 Gelegenheitskäufe aller Art

Mariendorf
Gerhard Schröder
Chausseestraße 294
Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- u. Küchengeräte, Drahtgeflechte, Gartengeräte. Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft
45387

Ernst Vogt
Rostocker Straße 52
ff. Fleisch- und Wurstwaren
43782

Spandau
Passage-Leihbücherei
Potsdamer Straße 31-32
45462 Zweigstelle: Jägerstraße 5
Verleiht jedes Buch ohne Pfand

Schöneberg
Kaufhaus W. Joseph
Schöneberg, Hauptstr. 163
45530